

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marxwald, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Heise, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Nr. Mühlstraße 2, Fernsprecher 981. — Preis: Einzelnummer 10 Pf. — Abonnement: Vierteljährlich 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 25 Pf. — Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Insektionsgebühr für den Postboten 15 Pf. — Abrechnungsbillete Nr. 239.

Nr. 40.

Magdeburg, Sonntag, den 16. Februar 1902.

13. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten
Außerdem liegt bei die illustrierte Sonntagsbeilage
Die Neue Welt Nr. 7.

Reichstagswahlrecht und Universitätsprofessor.

Aus Halle a. S., den 14. Februar, wird uns geschrieben:

Als ein Wahlrechtsbeschneider entpuppte sich gestern abend in der Universität bei seinem Vortrage über: „Die Lehren der Sozialdemokratie“ der Geheime Reg.-Rat Prof. Dr. Conrad von der Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg.

Dieser Herr ist nicht bloß Universitätslehrer, sondern auch Politiker, weshalb gerade das, was er gegen das Wahlrecht sagte, von großem öffentlichen Interesse ist. Während die Mitglieder der nationalliberalen Partei im Reichstage und in Versammlungen permanent betonen und besonders vor den Wahlen hervorheben, daß sie das Reichstagswahlrecht nicht antasten wollen und in förmliche Unterstützung geraten, wenn man ihren Angaben keinen Glauben schenken will, erklärte Prof. Conrad, der als Vorstandsmitglied des nationalliberalen Vereins in Halle die Adressbücher eingetragen ist, es erscheine ihm gar nicht zweifelhaft, daß, wenn die Sozialdemokratie noch größeren Einfluß im Reichstage bekomme, man einfach vorher dazu schreiten werde, unser Wahlrecht zu ändern. Man habe dann gar nichts zu befürchten. Einer Partei gegenüber, welche die Grundlagen der Gesellschaftsordnung untergräbt und uns das nehme, was uns heilig ist, sei gar nichts anderes möglich. Wer dann aber befürchte, so fuhr der Professor mit Emphase fort, die Sozialdemokratie, der kennt unser festgelegtes Staats- und Herrschaftsrecht nicht.

Vor dem hatte der Herr Professor, der hier in gewissen Kreisen als eine Leuchte der Wissenschaft gilt, über die Marxsche Werttheorie gesprochen und dabei das Auditorium, bestehend aus Damen und Herren der sog. besseren Kreise, zur Konzentration der Gedanken aufgefordert. Denn Marx, sagte er, sei ein schwer verständlicher Schriftsteller.

Dieses wollen wir dem Herrn Professor von seinem Standpunkt aus gern glauben und mit seinen Darlegungen über die Marxsche Werttheorie, über die wir im Interesse des Herrn Professors lieber schweigen wollen, hat er voll und ganz den Beweis erbracht, daß für ihn Marx tatsächlich sehr schwer verständlich ist. In einem Zeitraum von 10 bis 15 Minuten hatte er die ganze Werttheorie erläutert.

Was der Vortrag in diesem Punkte zu wünschen übrig ließ, das ersetzte der Professor durch Vorführung eines grauenhaften Herrbildes über die Sozialdemokratie. Diese Partei, so meinte er, arbeite bewußt und methodisch darauf hin, dem Arbeiter das Bewußtsein zu nehmen, daß der Mensch zur Arbeit auf der Welt ist und er durch Arbeit glücklich werden kann. Der Professor renommierte auch damit, daß er die Sozialdemokratie nicht bloß aus Verhandlungen kenne, sondern, daß er sich auch bemüht habe, in die engeren Kreise der Arbeiter einzudringen. So folgerte er aus den Ausrufungen Bebel's und anderer Genossen vom Jahre 1869 in Nürnberg, daß die Absicht bestanden habe, mit Gewalt vorzugehen. Auch heute bestehe noch die Absicht, mit Gewalt vorzugehen, obwohl Liebknecht auf dem Halleischen Parteitage gesagt habe, daß diejenigen, die mit Gewalt vorgehen wollen, nicht ins Zuchthaus, sondern ins Irrenhaus gehören. Bedauerlich müßte er (Redner) aber doch, daß die Partei immer überschätzt werde. Eine politische Gefahr erblicke er nicht in der Sozialdemokratie. Die große Gefahr liege auf moralischem Gebiete.

Als der Herr Professor seiner Zeit die als öffentlich ausgeschrieben Vorträge über die soziale Frage begann, da hat er darum, wie wir auch berichteten, man möge über seine Vorträge nichts in die Presse bringen, da er harte Worte gegen die Regierung gebrauchen werde, die leicht zu Mißverständnissen führen könnten. Als stete Besucher der Vorträge haben wir die Bitte des Professors respektiert und — obwohl wir unser Professorentum kennen — „gehofft und geharrt“, wann und wo denn eigentlich die harten Worte gegen die Regierung kommen sollten. Heute fielen nun harte Worte; diese richteten sich aber nicht gegen die Regierung, sondern gegen das wichtigste Recht des Arbeiters, gegen das geheime, direkte Wahlrecht.

War es auch keine Täuschung, so war das doch eine kleine Ueberraschung für uns, die wir der Deffenlichkeit nicht vorenthalten durften. —

Ein Krach in der Zolltarifkommission.

Die Zolltarifkommission nahm gestern trotz des Widerspruchs der Regierung mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten den Antrag an, das Zolltarifgesetz durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrates spätestens am 1. Januar 1905 in Kraft treten zu lassen. Zum Schluß kam es zu einer erregten Geschäftsordnungsdebatte, die durch den Vorsitzenden v. Kardorff veranlaßt war und damit endigte, daß letzterer sein Amt als Leiter der Verhandlungen niederlegte.

Die „Volkszeitung“ schildert den dramatisch bewegten Verlauf dieser Scene folgendermaßen: „Was dann erfolgte, spottet jeder Beschreibung und steht einzig da in der Geschichte des deutschen Reichstages. Noch nicht vorgekommen ist ein derartiger Vergewaltigungsversuch, eine derartige Mißachtung der Geschäftsordnung, wie sie sich Herr v. Kardorff zu schulden kommen ließ, bei der Behandlung des verabschiedeten Antrages Müller-Fulda, wonach die durchaus zur Sache gehörenden Enquete-Anträge Gotheim bis an den Schluß der zweiten Beratung zurückgestellt werden sollten. ...“

Als Herr v. Kardorff die Ueberumpelung versuchte, sprangen die Vertreter der Linken von den Plätzen auf und die stürmischen Rufe zur Geschäftsordnung klangen durcheinander. Aber jede Geschäftsordnungsdebatte wurde vom Vorsitzenden verweigert, weil er schon in der Abstimmung sei. Nun kam die Erregung keine Grenzen mehr, es wurde mit den Fäusten auf den Tisch geschlagen und Abgeordneter Stadthagen ergriff den Stuhl, auf dem er gesessen und stampfte mit ihm auf den Boden, dessen Teppich den Schall freilich dämpfte. Um so gewaltiger tönten die Stimmen. Weit draußen auf dem Korridor hörte man die Rufe: Despotismus, Terrorismus, „Das ist die wahre Obstruktion“, wir lassen uns nicht vergewaltigen“. Sie sollen nicht Brecher der Geschäftsordnung sein“. Im Saale selbst gerieten die Gruppen um ein Haar körperlich aneinander, auch die Begittigungsversuche fruchteten nichts: „Beruhigen Sie sich doch“ — „Seien Sie selber ruhig“ — „Wir lassen uns das nicht gefallen“, schrieerte es hinter und herüber. Die Regierungsvertreter sahen sich zum Teil mit unverschämtem Vergnügen das aufgeregte Bild an. Keiner von ihnen wich vom Platze.

Mitten im Tumult nahm Herr v. Kardorff die Abstimmung über den Antrag Müller-Fulda vor, der die Gotheimschen Anträge auf einen Zeitpunkt vertagt wissen wollte, wo Enqueten vollständig überliefert sind. Als sich nur etwa vier Urne für den Antrag Müller in die Höhe reckten, quittierte Herr v. Kardorff über dieses unzweideutige Mißtrauensvotum mit der Niederlegung des Vorsitzes. Er hatte die Sache auf Wiegen oder Brechen stellen wollen und brach selbst darüber.

Nun blieben die Kommissionsmitglieder noch zu einem „gefälligen Beisammensein“, wie Singer es humoristisch nannte, zusammen. Man unterhielt sich über Kardorffs Nachfolger, als Kandidat wurde u. a. — Herr von Frege, der unvergleichliche Präsident genannt. Ernsthaft kommt der Konservative Rettkich in Betracht, da das Centrum keine Lust hat, Kardorffs Erbschaft anzutreten.

Zur Annahme des Antrages Spahn bemerkt der „Vorwärts“ sehr richtig, daß damit der Zollkrieg erklärt ist. „Jetzt ist es klar, daß der Zolltarif mit dieser Terminklausel unter allen Umständen den Zollkrieg bedeutet, und da die Regierung weiß, daß ihr Entwurf ohnehin die Gefahr von Zollkriegen äußerst nahe rückt, ja sie fast sicher erscheinen läßt, andererseits aber die fürchterliche Verantwortung für die direkte Erklärung eines handelspolitischen Weltkrieges nicht übernehmen kann, so müßte sie entweder jetzt ihren Zolltarif zurückziehen und aus Land appellieren, oder aber selbst zurücktreten und einem Ministerium Wangenheim-Kaunig-Müller-Fulda-Kardorff Platz machen.“

Wie unsere Verhältnisse nun aber einmal liegen, so wird man der harten Notwendigkeit unzweideutiger Entscheidung wiederum ausweichen und ruhig fortwurzeln. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 15. Februar 1902.

Aus dem Reichstage.

Fiskalismus im Postwesen. — „Drahtlose“ Telephonie in Dessau. — Bayerisches Reservatrecht. — Eine etatsrechtliche Debatte.

Bg. Berlin, 14. Februar. Der Reichstag führte auch heute noch nicht die Debatte über den Postetat zu Ende. Von verschiedenen Seiten kamen eine große Reihe Sozialwünsche zum Vortrage. Genosse Ulrich wies auf den Fiskalismus im Postwesen hin und verlangte eine Vermehrung der Zahl der Beamten und eine Verkürzung der Dienstzeit. Gleichzeitig tabelte er die Ueberarbeit, der die Unterbeamten ausgezehrt sind. Genosse Schmidt aus Frankfurt a. M. brachte einen Lokalfall zum Vortrage, während Genosse Benz auf die Postfreiheit der Fürsten hinwies und mitteilte, daß der Hof in Dessau „ohne Draht telephoniere“, d. h. seine

Telephongespräche umsonst habe. Von der Regierung wurden diese Angaben bestritten, nur müssen die hochgeborenen Herren sich die Anschlußanlagen selbst herstellen lassen.

Gesprochen wurde weiter über die bayerische Postmarke. Nach den Erklärungen, die dabei abgegeben wurden, ist anzunehmen, daß dieses bayerische Reservatrecht nicht so bald aufgegeben werden wird.

Zum Schluß kam eine interessante etatsrechtliche Frage zur Verhandlung. Die Freisinnigen hatten die Vermehrung der etatsmäßigen Postassistenten um tausend verlangt und vorgeschlagen, eine Summe von anderthalb Millionen in den Etat einzustellen. Der Schatzsekretär erhob hiergegen Widerspruch und meinte, daß der Reichstag nicht befugt sei, höhere Summen in den Etat einzustellen. Dem wurde von unserem Genossen Singer energisch widersprochen und auch die Redner der anderen Parteien stellten fest, daß eine solche Einstellung schon verschiedene Male erfolgt sei. Auf Rat der Konservativen und Nationalliberalen zogen die Freisinnigen aber schließlich ihren Antrag zurück und begnügten sich mit einer Resolution, in der sie die Regierung um die entsprechende Etatserhöhung ersuchten. Auf Anregung Singers erklärte aber der Freisinnige Benzmann, daß sie sich vorbehalten, in der dritten Etatslesung auf den ursprünglichen Antrag zurückzukommen, falls von der Regierung nicht bis dahin eine bindende Erklärung auf Erfüllung der in der Resolution dargelegten Wünsche ergangen wäre.

Morgen geht die Beratung weiter; außerdem steht der allgemeine Pensionsfonds und das Reichsmilitärgericht auf der Tagesordnung. —

Eine kleine Kanaldebatte.

H. Berlin, 14. Februar. Das Abgeordnetenhaus überwies am Freitag zunächst die Regierungsvorlage, die weitere 12 Millionen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und gering besoldeten Beamten fordert, der Budgetkommission. Die 20 Millionen, die bereits für solche Zwecke verwendet sind, sind, wie Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben erklärte, aufgebraucht. Der Finanzminister war auch bemüht, die allgemeine Wohnungsverhältnisse der preussischen Regierung gegenüber dem freisinnigen Abg. Dr. Grüger zu rechtfertigen.

Dann setzte man die erste Lesung des Bauetats fort. Es kam dabei zu einer kleinen Kanaldebatte und einem recht pikanten Zusammenstoß zwischen Konservativen und Regierung. Graf Limburg-Sturum, einst preussischer Diplomat für Weimar und Umgebung, forderte mit überlegenem Tonfall von der Regierung, sie solle Mittel zur Beseitigung der Ueberschwemmungsgefahr in den Flußgebieten der Spree, Havel und unteren Oder in einem Nachtrags-Etat, spätestens aber im nächsten Etat, zur Verfügung stellen. Ministerialdirektor Schulz, der für den noch nicht anwesenden Herrn v. Thielen die Erwiderung übernahm, erklärte, die Regierung könne nicht einzelne Stücke aus der Kanalvorlage herausnehmen und vor der Wiedereinbringung dieser ausführen. Sie beschleunige die Wiedereinbringung der Kanalvorlage nach Möglichkeit.

Diese Erklärung, so wenig sie das „seiner Zeit“ der Thronrede bestimmter definierte, wirkte auf die Konservativen wie ein kalter Wasserstrahl. Sehr gereizt nahm Herr von Arnim das Wort und sprach „im Auftrage seiner Partei“ das Mißbehagen der Rechten über diesen antiagrarischen Kanalnut aus. Dagegen war der nationalliberale Abg. Schmidt über das Auftreten des Ministerialdirektors, der sich ein wenig als präsumptiver Nachfolger des Herrn v. Thielen zu fühlen schien, natürlich sehr erfreut; er hat, die Kanalvorlage schon in dieser Session wieder einzubringen. Der freisinnige Abg. Brömel hob die Notwendigkeit des Schiffahrtsweges Berlin-Stettin hervor, bis Abg. v. Cheneru, der einstige Vorsitzende der Kanalcommission, allen Kanalwünschen mit dem Hinweis ein Ende machte, diese Debatten hätten im Augenblick doch keinen Zweck.

Die übrige Debatte bot wenig Bemerkenswertes. Sonntagsabend: Fortsetzung und Fußzetat. —

Der Generalstreik in Triest.

In kurzer Zeit hat sich in Triest eine gewaltige Bewegung zu Gunsten des Achtstundentages für die Hafenarbeiter des Oesterreichischen Lloyd entwickelt. Die Arbeiter des Lloyd traten zuerst in den Streik, aber mit seltener Einnütigkeit und Begeisterung traten alle anderen Berufe für deren Forderungen ein und erklärten den Generalausstand.

Natürlich hat die Polizei diesen wirtschaftlichen Kampf sich nicht ruhig entwickeln lassen, sondern sie glaubte, die Demonstrationen der Streikenden im Interesse des Geldsacks niederdrücken zu müssen. Dabei ist es, wie vorauszusagen, zu blutigen Exzessen gekommen.

Wir entnehmen einer Depesche des „Berl. Tagebl.“ darüber folgende Einzelheiten: Da in allen Teilen der Stadt

Militär aufgestellt wurde, beim Lloydarsenal, bei den Gaswerken, den Wasserversorger, auf den großen Plätzen, bei den öffentlichen Gebäuden, und andererseits die streikende Menge mehr als zehntausend Mann stark ist, war ein Zusammenstoß unvermeidlich. Er fand nachmittags in der inneren Stadt auf dem Corso statt, wo die tausendköpfige Menge das Militär mit Steinen bewarf. Es wurde Feuer kommandiert, und dreißig Personen fielen, von denen acht auf der Stelle tot waren. Seit dem frühen Morgen ist die Stadt panikartig erregt, kein Straßenverkehr findet statt, keine Güterzüge oder Dampfschiffe sind abgegangen.

Aus Wien wird demselben Blatt depechiert, daß sich die Parteien auf ein Schiedsgericht geeinigt haben, welches aus drei Arbeitern und drei Mitgliedern des Lloyd besteht, und in dem der Bürgermeister den Vorsitz führt. Der Lloyd soll geneigt sein, den Achtstundentag zu bewilligen. Die Forderung der Lloydheizer bezieht sich nur auf die Zeit, während deren die Schiffe im Hafen weilen, und ist als Widerstand gegen die beabsichtigte gesetzliche Regelung der Seemannsordnung anzusehen, welche die Arbeitszeit von 10 $\frac{1}{2}$ auf 10 Stunden herabsetzen will. Der Lloyd achtet nicht, daß der Streik solche Dimensionen annehmen würde, und hoffte, den Betrieb mit arabischen, griechischen und italienischen Heizern ungestört fortsetzen zu können. Daß alle Klassen dem Wunsch, den Achtstundentag durchzusetzen, sich anschließen würden, hat Niemand vorausgesehen.

Hoffentlich gelingt es den Arbeitern, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen, ohne daß Polizei und Militär nochmals Gelegenheit haben, die furchtbaren Wirkungen der Kleinlöhrligen zu erproben.

Deutschland.

Berlin, 15. Februar. Auf Grund der vorgestrigen Bundesratsbeschlusse steht der Erlass einer kaiserlichen Verordnung über die Inkraftsetzung weiterer Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes zu erwarten. Dabei soll insbesondere die Verwendung von Konservierungs- und Färbemitteln ihre Regelung finden.

Die zur Vorberatung des Antrages Bassermann auf Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte eingesetzte Reichstagskommission trat heute zu einer Sitzung zusammen. In die Verhandlung des Antrages wurde jedoch nicht eingetreten, sondern beschlossen, den von der Regierung über dieselbe Materie in Aussicht gestellten Entwurf erst abzuwarten.

Die Frage der Wohnungsnot und hohen Mietpreise für kleine Wohnungen soll durch Errichtung öffentlicher Kantinen geregelt werden. Aus dem Schreiben des Oberpräsidenten v. Bethmann-Sollweg an einen Interessenten geht hervor, daß diese Frage bereits seit einiger Zeit Gegenstand der Erörterung bei den Centralbehörden bildet.

Im Abgeordnetenhause haben die Abgeordneten Dr. Wiemer und Köpcke beantragt, die Regierung zu ersuchen, auf die Aufhebung des die Landesträuer betreffenden Reglements von 1797 und der Kabinettsordre von 1845 hinzuwirken.

Der Burenhilfsbund beschloß, sofort 300 000 Mark für die Burenfrauen und -Kinder in den Konzentrationslagern zu bewilligen. Für die Hälfte sollen Waren gekauft, die Hälfte durch Vertrauensmänner in barem Gelde seiner Bestimmung zugeführt werden.

Durch die neue Eisenbahn-Vorlage, die beinahe ausschließlich die Eisenbahnwünsche des Südens erfüllt; die Vorlage enthält weiter die Grundlage für die Schaffung der neuen deutsch-russischen Eisenbahnverbindung über Ostrowo-Salsk nach Kozj und Warshan. Die Vorlage ermächtigt die Staatsregierung zur Beschaffung der Mittel (abgesehen von 600 000 Mark Zuschuß der Beteiligten) Staatsschuldverleihen auszugeben; näheres über die Ausgabe bestimmt der Finanzminister. Dieses „kleine Mittel“ wird die Diktatur natürlich nicht befriedigen.

Ueber die Einführung des Befähigungsnachweises für Bauhandwerker werden demnächst die Handwerkskammern befragt werden. Vorarbeiten für die Befragung der Kammern sind innerhalb der Regierung bereits im Gange.

Die Veröffentlichung des „Reichsanzeigers“ über das Verhalten Deutschlands bei dem spanisch-amerikanischen Krieg hat, nach der offiziellen Münchener „Allg. Zig.“, in den Vereinigten Staaten, nach den bisher vorliegenden Meldungen zu urteilen, als eine rühmliche Klarstellung gewirkt. Dies befundet sich insbesondere in dem Verhalten der England freundlichen Blätter, die von der Erklärung des „Reichsanzeigers“ ohne wesentlichen Kommentar Notiz nahmen. — Das ist ein beachtenswertes Zeugnis!

Ueber die in holländischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangehörige der Stadt Leiden stellen wir Mittheilung abend im „Bericht über die holländischen Arbeiter“. Im Sinne des Vorragenden wurde ein Protest gegen die Erhöhung des Lohns ein-gebracht.

Hamburg, 12. Februar. Die gestrige Bürger-Verfassungswahl im 7. Bezirk der allgemeinen Wahlen brachte für die sozialdemokratische Partei einen selbst-gelebten Erfolg. Der bürgerliche Kandidat, Rechtsanwalt Dr. Bauer, erhielt 28. unter Kandidat, Genosse Paul Weis-heber, 149 Stimmen. Dr. Bauer ist somit gewählt, die für ihn abgesetzene Stimmzahl ist jedoch gegen früher von 51 Stimmen zurückgegangen, während die Stimmen für den Sozialdemokraten von 24 auf 149 gestiegen sind.

Großbritannien.

Rosebery bringt sich wieder in Erinnerung.

Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus London telegraphiert: Lord Rosebery hielt gestern in Liverpool die bereits angekündigte Rede, in der er die Politik des Kabinetts scharf kritisierte. Noch immer stehe der Krieg in Südafrika im Vordergrund des Interesses. Die Regierung habe unrecht, zu behaupten, daß Krüger keine Vollmachten habe; das widerspreche allen Ausführungen in den Glaubbüchern. Die Regierung habe eine große Anzahl Fehler begangen, so auch in ihrer Politik hinsichtlich Weiharweis und Malta, und verschiedene in der inneren Politik. Ueber den Vertrag mit Japan habe er sich noch kein Urteil gebildet; doch scheine ihm die Sache überreift.

Frankreich.

Die zweijährige Dienstzeit.

ac. Dem Senat ist der Bericht der Armeekommission, abgefaßt vom Senator Rosland, zugegangen. In dem umfangreichen Schriftstück wird die geschichtliche Entwicklung des modernen Militärsystems von Frankreich und anderen Ländern, namentlich von Deutschland, dargelegt. Die Vorschläge Roslands gehen dahin, für die gesamte Armee die zweijährige Dienstzeit einzuführen. Es würde dadurch der Effectivbestand des Heeres um 120 000 Mann verringert; um die Armee auf ihrem jetzigen Bestand von 575 000 Mann zu erhalten, wird vorgeschlagen, den Einjährigen-Dienst aufzuheben, wodurch 65—70 000 Mann gewonnen würden. Den Rest glaubt man durch Kapitulationen von Unteroffizieren, ferner durch vermehrte Aushebungen erzielen zu können. Es wird kaum noch möglich sein, bis zu den Wahlen mehr als höchstens eine prinzipielle Erklärung bezüglich der Heeresfrage von Senat und Kammer zu erlangen.

Italien.

Der Verband italienischer Gemeinden.

ac. Das Exekutivkomitee des Verbandes italienischer Gemeinden, der vor etlichen Monaten auf dem Kongreß zu Bologna ins Leben gerufen wurde, hielt dieser Tage eine Konferenz in Mailand ab. Es wurde festgestellt, daß dem Verband bereits 1500 Kommunen beigetreten sind. Beschlossen wurde, eine Reihe von Kongressen für die Gemeindevorsteher der verschiedenen Provinzen und Kreise einzuberufen. Auf denselben sollen die Reformen der Gemeindesteuern, das Referendum, kurz, die kommunalen und provinziellen Gesetzgebungs- und Verwaltungsfragen diskutiert werden. Ferner wurde beschlossen, ein Monats-Bulletin herauszugeben.

Belgien.

Zu der Kammer

haben die Debatten über das gleiche Wahlrecht in Provinz und Kommunen begonnen. Der Abgeordnete Lorand (links-liberal) legte den Standpunkt seiner Partei dar; er erklärte sich im Prinzip für die Forderung der Sozialisten, den Frauen das Wahlrecht für die Kantone zu gewähren, aber die Frage sei noch nicht reif. Erst müßten die Frauen privatrechtlich den Männern gleichgestellt werden; ferner sollten sie successioe das Bürgerrecht erhalten zu den wirtschaftlichen Körperschaften, wie Gemeinderath, Arbeitskammern usw. Ferner müsse ihnen das Kommunal- und Provinzialwahlrecht gegeben werden. Dagegen spricht Woesle, der Führer der Liberalen. Die Debatten werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Schweden.

Abgelehnte Agrarzölle.

Der Antrag auf Einführung eines Bierzolles wurde in der ersten Kammer mit 66 gegen 35 Stimmen angenommen, in der zweiten Kammer jedoch mit 129 gegen 77 Stimmen abgelehnt. Der Antrag auf Einführung eines Kartoffelzollens wurde in beiden Kammern abgelehnt, in der zweiten mit 154 gegen 51 Stimmen.

Kleine politische Nachrichten. Wie der Draht aus Holzminden meldet, ist die im Zeugniszwangsverfahren gegen den Redakteur Schöff verhängte Geldstrafe auf Beschwerde aufgehoben und die Kosten sind der Staatskasse auferlegt worden. — Zur Bekämpfung des Duellwunsches hat die evangelisch-lutherische Vereinigung des Herzogthums Braunschweig beantragt, daß sowohl die Herausforderung zum Duell selbst wie die Beihilfe dabei nicht mehr wie jetzt mit Festungshaft, sondern mit Gefängnis oder mit Zuchthausstrafe geahndet wird. — Die Nachricht von dem Duell, welches bei Vism zwischen einem preussischen Oberleutnant und einem bayerischen Lieutenant stattgefunden haben sollte, wird von der „Berliner Correspondenz“ als unwarhaft bezeichnet. — Die Regierung von Neuchâtel verbietet die nachgeachtete Bildung einer Ortsgruppe des schweizerischen Verbandes innerhalb des Fürstentums. — Der ausgemessene Hofbesitzer Finne mann, der am Dienstag nachmorgens nach Dänemark abgefahren werden war, kehrte zurück, um eine gerichtliche Entscheidung in der Frage seiner Unterthanenstellung zu veranlassen. Er ist verurtheilt worden. — Der dänische Minister der öffentlichen Arbeiten Hörup, ehemaliger Chefredakteur des Blattes „Politiken“, liegt im Sterben. — 90 italienische Post- und Telegraphenbeamte bildeten eine Schutzliga und wählten den Sozialistenführer Turati zum Präsidenten. — 1000 Exemplare seiner Photographie hat der Kaiser der Marine überwiehen zur Verteilung vorzugsweise an Mannschaften der Nacht-„Schwimmer“, des Kaiserboots „Sleipner“, des Begleitkreuzers „Kobe“ und des Linienkreuzers „Kaiser Wilhelm 2.“. — Eine Anzahl kleiner evangelischer Vereinigungen hat anlässlich der Thronrede, daß dem bekannten Piarre Weingart von der kaiserlichen Kirchenbehörde die Befähigung verweigert worden ist, eine Erklärung erlassen, in der gegen die Begründung dieser Befähigung nachdrücklich Protest erhoben wird. — Große Erregung herrscht in Berlin in spirituellen Kreisen über die jüngsten Annehmungen des deutschen Kaisers gegen die Gesundheit, Spiritiken und Mysterien aller Art. Man plant die Einberufung einer großen Spiritistenversammlung.

Deutscher Reichstag.

(143. Sitzung.)

Berlin, den 14. Februar 1902.

Im Bundesrat: Kraetke.
Die zweite Beratung des Etats wird beim Etat der Post- und Telegraphenverwaltung (Titel Staatssekretär) fortgesetzt.
Nach einer unverständlichen Rede des Hrn. Hug (Centr.) wünscht

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Freis. Vp.) direkte telephonische Verbindung von Meiningen und Hildburghausen nach den süddeutschen Städten. Bedauerlich ist, daß die Verhandlungen wegen der Einheitsmarke zwischen Bayern und dem deutschen Reich noch zu keinem Resultat geführt haben.

Abg. Ulrich (Soz.):

Entgegen den Ausführungen des Abg. Erliger, kann ich namens eines großen Theils der Postassistenten erklären, daß sie gar kein Verlangen haben, sich Reserveoffizier zu nennen, sondern daß ihnen lieber wäre, wenn sie besser gestellt und in der Wahrung ihrer Interessen weniger belästigt würden. Die Anstellung von Damen im Postdienst ist nicht nur praktisch nützlich, sondern aus sozialen Gründen notwendig. Um trotz der Anstellung von Damen eine Schädigung der männlichen Beamten zu verhindern, muß man eben den Fiskalismus beiseite lassen und mehr Beamte, sowohl männliche, wie weibliche, anstellen. Auch muß die Arbeitszeit gekürzt werden. — Postdirektoren, die bei Erkrankung der Unterbeamten den Arzt entscheiden lassen, ob der Beamte den Dienst antreten kann, sind eine Ausnahme. Die Pensionen bekommen die Unterbeamten gewöhnlich erst dann, wenn sie abgearbeitet sind, so daß sie in den meisten Fällen einen wirklichen Genuß von der Pension nicht mehr haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Redner bringt zum Schluß einige lokale Schmerzen über die Postverhältnisse in der Stadt Offenbach vor und wünscht die Errichtung eines neuen Postgebäudes im Südende der Stadt. Das jetzige reicht für den gesteigerten Verkehr absolut nicht aus.

Abg. Eißner (WidWahl):

bringt einige Fälle zur Sprache, wonach Brieföffnungen seitens englischer Beamten in Kapstadt nach Mitte November vorgenommen sind. Mit Freuden begrüße ich, daß eine so große Anzahl weiblicher Angestellter im Postdienst beschäftigt ist. Redner plaidiert zum Schluß für eine Ausbehnung der Sonntagsruhe.

Abg. Frhr v. Hertling (Centr.):

tritt für die bayerischen Postverwalter ein.

Staatssekretär Kraetke:

Herr Ulrich hat unrecht, wenn er der Post Fiskalismus vorwirft. Im letzten Jahre sind allein 6000 Unterbeamte und 3000 Beamte neu eingestellt. — Von einer Verköstigung der Unterbeamten durch die Postbehörden bei Wahrnehmung ihres Vereinerrechtes kann nicht die Rede sein. Diese Behauptung entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Ebenso unwarhaft ist die Behauptung, die Unterbeamten wagten nicht, sich krank zu melden. Die Verwaltung wendet keine Strafmaßregeln an, um kranke Beamte im Dienste zu halten. — Eine Erfüllung des Wunsches, daß bayerische Marken gegen Reichspostmarken umgetauscht werden können, kann ich nicht in Aussicht stellen.

Abg. Müller-Sagan (Freis. Vp.):

Mit der Forderung der Erhöhung des Entgeltes der Landbriefträger von 400 auf 1000 Mark räumte Herr Söder offene Thüren ein. Diese Forderung ist vom Reichstag bereits seit langem erfüllt. — Es hat einen pikanten Beigeschmack, gerade Herrn Abg. Ulrich über die Hoffähigkeit sprechen zu hören. Fürchtet er etwa die Konkurrenz der hoffähig gewordenen Assistenten?

Abg. Bents (Soz.):

fragt an, warum der Hof in Dessau für Telephongespräche keine Gebühren zahlt. Dieses Telephonieren ohne Draht ist ein ungeheurer Zustand.

Unterstaatssekretär Schow

erwidert, daß für den persönlichen Verkehr auf Telephonlinien, sofern die Anschlußanlage auf Kosten der allerhöchsten Herrschaften hergestellt ist, auch heute noch Gebührenfreiheit herrsche.

Abg. Ulrich (Soz.):

verwahrt sich gegen den Vorwurf des Hygiantismus, er habe nur als anständiger Mensch eine Unterhaltung mit dem Großherzog nicht zurückgewiesen.

Staatssekretär Kraetke

erklärt, daß Wünsche der Beamten nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Der Titel wird hierauf bewilligt. Demso der Rest des Kapitels Centralverwaltung. Es folgt das Kapitel: Betriebsverwaltung.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.):

trägt Beschwerden über Ungleichmäßigkeit der Beförderung im Frankfurter Postdienst vor. Das System der Vertrauensärzte trägt viele Mängel in sich. Redner erzählt einen Fall, in dem ein Unterbeamter, der schon 25 Jahre im Dienst war, von seinem Vorgesetzten auf alle mögliche Weise schikaniert wurde. Der Mann wurde schließlich pensioniert, obwohl er noch ganz gut hätte weiter arbeiten können. Hier liegt jedenfalls ein Verstoß vor und ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär Remedur schaffen wird.

Direktor im Reichspostamt v. Wittkow:

Diese Angelegenheit wurde genau untersucht. Der Mann ist thatsächlich wegen Unfähigkeit pensioniert worden, er hat übrigens das Unglaublickste an Unbotmäßigkeit geleistet.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.):

fragt an, warum man diese Unbotmäßigkeit erst so spät entdeckt habe, und beschwert sich, daß man ihm auf sein Schreiben nicht schon früher Antwort erteilt habe.

Beim Titel „Oberpostassistenten“ befragt

Abg. Dr. Wiemer (Freis. Vp.):

den Antrag Müller-Sagan-Wiemer, die Stellen der Postassistenten um 1000 zu vermehren. Die Postverwaltung hat die Vermehrung der Stellen beantragt, das Reichsfinanzamt hat sie gestrichen. Die 1 $\frac{1}{2}$ Millionen zu diesem Zweck sind aber wichtiger, als die Ausgaben zu Kolonialzwecken. Für den Antrag, der auch die Sympathien anderer Parteien gefunden hat, ist hoffentlich eine Mehrheit gesichert.

Reichsfinanzsekretär Frhr. v. Thielen:

Hier handelt es sich nicht um die lumpigen 1 $\frac{1}{2}$ Millionen, sondern um die Frage, ob der Reichstag beauftragt ist, selbstständig höhere Summen in den Etat einzustellen. Schon mein Amtsvorgänger hat dagegen Bedenken geäußert, denen ich mich angeschlossen.

Abg. v. Waldow-Meinungen (Konf.):

schließt sich den Bedenken des Staatssekretärs an.

Staatssekretär Kraetke

sagt zu, daß die Diätäre, die länger als 6 Jahre beschäftigt sind, eine Erhöhung von 4 Mk. auf 4,50 und von 4,50 auf 5 Mk. erhalten sollen. Ferner sollen 3000 Stellen in den Etat eingestellt werden.

Abg. Graf Oriola (natl.):

Der beste Ausweg wäre es, die Regierung zu ersuchen, in einem Nachtragsetat der Forderung nachzukommen.

Abg. Dr. Wiemer (Freis. Vp.):

zieht hierauf seinen Antrag zurück und legt eine Resolution vor, wodurch die Regierung ersucht wird, nachträglich die erforderlichen Mittel für 1000 weitere Postassistentenstellen in den Etat einzustellen.

Abg. Singer (Soz.):

Wir stehen prinzipiell auf dem Standpunkt, daß allerdings der Reichstag berechtigt ist, selbstständige Ausgabeposten in den Etat einzustellen. Ich hoffe, daß die Antragsteller, falls die Regierung bis zur dritten Lesung ihrem Wunsch nicht nachkommt, auf ihrer Forderung beharren werden, so daß dann auch die etatsrechtliche Frage zur Entscheidung kommen kann.

Abg. Gröber (Centr.):

Thatsächlich hat der Reichstag bereits selbstständig solche Posten eingestellt. Wir werden für die Resolution stimmen.

Abg. Lenzmann (Freis. Vp.):

Herrn Singer kann ich befehlen, daß wir nur aus rein praktischen Erwägungen vorläufig den Weg der Resolution betreten haben. Damit schließt die Diskussion. Die Abstimmung über den Titel und die Resolution wird, da letztere noch nicht in Druck vorliegt, auf Montag verschoben. Hieran verlagert das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr. Außerdem Etat des allgemeinen Reichspensionsfonds, Etat des Reichs-Militärgerichts.

Schluß 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. Februar 1902.

8 Grad Kälte.

Es scheint, als wenn der heurige Winter uns den nahe bevorstehenden Abschied doch noch recht schwer machen will. Just zu einer Zeit, wo der Kohlenvorrat ohnehin nicht mehr besonders reichlich ist, sinkt das Thermometer auf 8 Grad unter Null. Für den, der einen Pelz, gestützte Stiefeln, ein gefülltes Portemonnaie und zu Hause eine gut funktionierende Gasheizung sein Eigen nennt, hat das nicht viel zu sagen.

Anderes bei denen, die ohne Beschäftigung, ohne regelmäßiges Essen und ohne genügende Kleidung tagtäglich die Arbeitsnachweise und die Porrierbuden der industriellen Etablissements belagern, um Arbeit nachfragen und immer zur Antwort bekommen: „Ja! wenn Sie welche mitbringen!“ Bei diesen bildet sich schließlich ein Fatalismus heraus, der an Verzweiflung grenzt. Ist dieser Umstand für einen Lebigen schon schlimm, so noch weit schlimmer für einen Verheirateten, der Tag für Tag mit ansehen muß, wie das bisschen Brot von den Wangen seiner Kinder mehr und mehr schwindet, ohne daß er es zu hindern vermag. Bei ihm treten zu den materiellen Sorgen auch noch die seelischen Qualen.

Komme man uns nicht und sage: „So schlimm ist es nicht, ihr übertriebt.“ Wir wissen, daß es Tausenden so geht, trotz der 80000 M., die der Magistrat für Notstandsarbeiten ausgeben hat. Fast ebenso viel wie hier eine große Kommune, haben die am Orte bestehenden Gewerkschaften an ihre arbeitslosen Mitglieder ausgezahlt, ohne daß ein Ende des Elends abzusehen ist. Hoffentlich hält die niedrige Temperatur nicht zu lange an, damit zu den Opfern, die der Hunger fordert, nicht diejenigen, die dem Frost zum Opfer fallen, allzu zahlreich hinzutreten.

Volksstümliche Vorlesung.

Am Mittwoch, den 19. Februar 1902, abends 8½ Uhr, wird der Direktor des städtischen Museums, Herr Dr. B o l b e h r, den dritten Vortrag der öffentlichen volksstümlichen Vorlesungen aus den Gebieten der Wissenschaft und Kunst in der Aula der Lutherschule, Dreiengeßstraße 27, halten. Er wird über „Volk und Kunst“ sprechen. Der Besuch des Vortrages ist unentgeltlich. Jede erwachsene Person hat Zutritt.

Der Vortrag beginnt genau Punkt 8½ Uhr, worauf wir noch besonders hinweisen.

Herr Dr. Bolbehr ist uns als warmherziger, überzeugender Redner bekannt. Da er sich in seiner Eigenschaft als Direktor des städtischen Museums bereits praktisch bemüht hat, Volk und Kunst in engere Beziehungen zu einander zu bringen, darf man seinem Vortrag mit Interesse entgegensehen.

— **Ueber das „Fortbildungsschulwesen“** hält am Sonntag vormittag der Direktor der hiesigen städtischen Fortbildungsschule, Herr S c h a r f, einen Vortrag in einer gemeinschaftlichen Versammlung der Kartelldelegierten und der Gewerkschaftsvorstände im Lokale von Albert Vater. Wir haben wohl kaum nötig, die Beteiligten noch besonders auf diese Versammlung hinzuweisen. Für das freundliche Entgegenkommen des als Autorität auf dem Gebiete des Fortbildungsschulwesens auch außerhalb Magdeburgs geschätzten Herrn Direktors Scharf werden die beteiligten Gewerkschaftler sich durch zahlreichen Besuch erkenntlich zeigen.

— **Gegen das Zuckerkartell** haben sich erfreulicherweise die hiesigen Kolonialwarenhandeler vereinigt, die, dem von den Schokoladenfabrikanten gegebenen Beispiel folgend, selbständige Zuckersfabriken bauen wollen. Es hat sich hier ein „Komitee der zu begründenden Zuckersfabriken für Kolonialwarenhandeler“ gebildet. Mitglied der Gesellschaft kann jeder Kolonialwarenhandeler Deutschlands werden, der sich verpflichtet, jährlich wenigstens 60 Centner Zucker abzunehmen. Für jeden Centner Zucker, den der Gesellschafter sich pro Jahr abzunehmen verpflichtet, hat er sich mit 5 Mark Kapital an der Gesellschaft zu beteiligen.

— **Revolutionäre Unternehmer**, welche sich gegen die bestehenden Gesetze auflehnen, findet man häufig. Noch immer ist der Streit zwischen den Ortskrankenkassen und der freien Hilfskasse „Merkur“ nicht entschieden. Fast täglich haben sich hiesige Geschäftsleute wegen der Beschuldigung zu verantworten, ihre Angestellten nicht bei der Ortskrankenkasse angemeldet und mit ihnen eine Uebereinkunft zu deren Nachteil dahin geschlossen zu haben, daß sie sich bei der freien Hilfskasse „Merkur“ anmelden mußten. Von der Meldepflicht bei der Zwangskasse sind die Prinzipale nur dann befreit, wenn die Leute, schon bevor sie bei ihnen die Beschäftigung begannen, Mitglieder der Kasse „Merkur“ waren. Nun helfen sich Arbeitgeber, die nicht bei der Ortskrankenkasse melden wollen, dadurch, daß sie den Beschäftigungssuchenden erklären: Wir stellen nur solche Personen ein, die bereits Mitglieder der Krankenkasse „Merkur“ sind. Daraufhin gehen dann die Leute hin, melden sich dort an, erhalten auch sofort ihre Bücher und dürfen nun sogleich ihre Arbeit aufnehmen.

Am Freitag hatten sich wieder mehrere Angeklagte vor dem Schöffengericht wegen Uebertretung bezw. Vergehen gegen das Krankenkassengesetz zu verantworten. Der erste Angeklagte, Schornsteinfegermeister M a g S i n e b u r g hier,

hatte seinen Lehrling Lange früher bei der Ortskrankenkasse angemeldet. Als derselbe jedoch am 5. Oktober v. J. angelernt hatte, zeigte er weder die Uebertretung des Arbeitsverhältnisses dort an, noch kündigte er, meldete ihn vielmehr nur ab. Lange meldete sich dann am 5. Oktober beim „Merkur“ an und arbeitete vom 7. Oktober ab bei Güneburg als Geselle. Güneburg traf wegen Uebertretung der Meldepflicht eine ganze Mark Geldstrafe. Welche harte Strafe! Hoffentlich hat der Herr durch sein geschickliches Verhalten schon viele Mark verdient, damit er durch das scharfe Urteil nicht zu arg betroffen wird.

Der 2. Angeklagte Kaufmann D a v i d L i c h t e n s t e i n hier wurde von dem Verstoß gegen die Meldepflicht freigesprochen, da die Versicherten ja schon vor Aufnahme der Beschäftigung bei dem „Merkur“ angemeldet waren; dagegen wurde angenommen, daß mit den Personen, dadurch, daß ihnen gesagt wurde, sie würden nur beschäftigt, wenn sie Mitglieder des „Merkur“ seien, ein Abkommen im Sinne des Gesetzes getroffen sei und zwar zu ihrem Nachteil, denn es sei schon ein Nachteil, daß nach den Statuten der Hilfskasse „Merkur“ der Arbeitnehmer allein zur Zahlung der Beiträge verpflichtet ist, in den Ortskrankenkassen dagegen der Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge zahlen muß. Den Angeklagten Lichtenstein traf eine Geldstrafe in Höhe von 15 Mark.

Der Schornsteinfegermeister Otto Lange hier meldete seinen früheren Lehrling zehn Tage vor Beginn seiner Thätigkeit als Geselle bei dem „Merkur“ an, zahlte aber die Beiträge allein und zieht dem Gesellen nichts ab. Lange wurde wegen Uebertretung der Meldepflicht mit 1 Mark Geldstrafe belegt, weil er den Lehrling, als er noch lernte nicht zur Ortskrankenkasse angemeldet hatte.

— **Centralverband der Maurer.** Der „Grundstein“ veröffentlicht soeben den sehr eingehenden und sorgfältigen Bericht des Magdeburger Bauvorstandes. Die Zahl der Zweigvereine innerhalb des Gauces beträgt jetzt 74 (gegen 71 am Schlusse des Jahres 1900) mit 5897 Mitgliedern (gegen 6597). Die Abnahme der Mitgliederzahl ist auf den Rückgang der Baukonjunktur zurückzuführen. In 876 Orten hat der Bauvorstand statistische Feststellung über die Lage der Maurer veranstaltet und in diesen 9876 Kollegen gezählt. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 10 und 13 Stunden.

In diesen Orten wurden 39 Maurer entbeht, welche die für den harten Beruf der Bauarbeiter unerträgliche Arbeitszeit ertragen mußten. Die elfstündige Arbeitszeit gehört schon nicht einmal zu den Ausnahmen, denn ihr sind 1466 Maurer in 245 Orten unterworfen.

In den Orten mit dreizehnstündiger Arbeitszeit schwankt der Lohn zwischen 1,50 bis 1,75 Mark, inklusive Kost und Nachtlager im Stallgebäude oder auf dem Heuboden. Die Orte mit dreizehnstündiger Arbeitszeit liegen in der Altmark. Maurer sind in diesen Orten nicht ansässig, deshalb auch das Nachtlager auf der Arbeitsstätte. Ueberhaupt liegen die Orte mit der mehr als zehnstündigen Arbeitszeit fast alle in der Altmark.

In den Orten mit zwölfstündiger Arbeitszeit schwankt der Lohn zwischen 2,50 bis 3 Mark, und in den Orten mit elf- resp. 11½stündiger Arbeitszeit zwischen 2,20 bis 3 Mark pro Tag.

In den Orten mit zehnstündiger Arbeitszeit betrug der Lohn pro Stunde

Für 2726 Maurer	23 bis 30 Pf.
Für 2110 Maurer	31 bis 35 Pf.
Für 1844 Maurer	36 bis 40 Pf.
Für 395 Maurer	41 bis 45 Pf.
Für 1014 Maurer	46 bis 50 Pf.

Auf dem Wege der Vereinbarung erreichten in sechs Lohnbezirken 683 Kollegen eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde, 349 Kollegen in drei Lohnbezirken 3 Pf., außerdem durch Vertrag vom Vorjahre in zwei Lohnbezirken rund 1600 Kollegen ebenfalls 2 Pf. pro Stunde. Durch Streik erlangen in zwei Orten rund 400 Kollegen eine Erhöhung von 2 resp. 2½ Pf. pro Stunde.

Muß also die Wirksamkeit des Verbandes in Bezug auf die Hebung der Lage der Maurer auch anerkannt werden, so sind die Arbeitsbedingungen auch für diese Kategorie von Arbeitern doch noch so wenig befriedigende, daß es einer erneuten Agitation für den Verband ebenso wie sozialpolitischer Eingriffe seitens der Gesetzgebung bedarf.

— **Wie Herr Joh. Schmitz aus Ochtrup Arbeiter sucht.** Ein hiesiger Arbeiter erhielt folgende offene Postkarte:

Ochtrup, den 14. 1. 02.

Herrn, Magdeburg.

Ihre Zuschrift vom 28. v. M. gelangte in meinen Besitz und teile ich Ihnen darauf mit, daß ich geneigt bin, noch einige tüchtige, nützliche Arbeiter, welche auf eine Lebensstellung reflektieren, einzustellen. Es wird hier nur in Accord gearbeitet und richtet sich das Verdienst somit ganz nach der Leistung. Sollten Sie nun auf eine Stelle hier selbst reflektieren, so wollen Sie mir gest. mit Zeugnisabschriften über Ihre bisher innegehabten Stellungen an die Hand gehen, ebenso auch mitteilen, welcher Religion Sie sind und ob Sie einem Verband, irgend einer politischen Richtung angehören.

Hochachtungsvoll
Joh. Schmitz pp. Herm. Schmitz.

Neugierig erkundigt sich dieser Unternehmer also nach den politischen und religiösen Ansichten derjenigen, deren Arbeitskraft er eventuell zu kaufen geneigt ist. Daß der Herr die unpolitischen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften als „sozialdemokratische“ Verbände ansieht, ist wohl selbstverständlich.

— **Spiegelfechtere.** Die „Magdeb. Zig.“ verschweigt in ihrem sonst sehr detaillierten Bericht von der letzten Stadtverordnetenversammlung wohlweislich die Erklärung des Genossen N i t s c h, durch welche die Schenkung der Stadt an die begüterten Herren der Schützengilde erst in ein helles Licht gerückt wurde. Da das nationalliberale Blatt als das Publikationsorgan der hiesigen Bourgeoisie anzusehen ist, beweist dieses verlegene Schweigen, wie peinlich den Herren vom Schützenverein die Verbreitung der Wahrheit über ihr Verhalten ist. Außerdem aber ist diese an Fälschung grenzende Unterschlagung eines wichtigen Vorganges in einem Bericht ein Beweis dafür, daß, wer sich auch nur über die wichtigsten Vorgänge in der Stadt unterrichten will, die „Magdeb. Zig.“ trotz ihres großen Umfanges nicht als Quelle benutzen darf. Dieses Kapitalistenblatt bringt nur, was die Kapitalisten nicht kompromittiert.

— **Der Geschäftsbericht des hiesigen Innungs-Ausschusses** ist erschienen und zur geeigneten Kenntnisnahme den Mitgliedern zugestellt. Danach zählte der Innungsausschuß zu Beginn des Geschäftsjahres 1 Ehrenmitglied, 80 Vertreter von 26 Innungen mit 3506 Mitgliedern. Am 1. Januar 1902 1 Ehrenmitglied, 72 Vertreter von 25 Innungen mit 3094 Mitgliedern. Demnach ist eine Abnahme von einer Innung und 412 Mitgliedern zu verzeichnen. Bekanntlich hat sich die Schmiede-Innung am 31. Dezember 1901 aufgelöst. Hinzugetreten ist die Innung der Konditoren mit 25 hiesigen und 49 auswärtigen Mitgliedern. Ihren Austritt haben am 23. Oktober 1901 erklärt die Innung der Kolonialwarenhändler und am 9. Dezember die Tischler-Zwangs-Innung. Der Kassenbestand betrug am 1. Januar 1901 160,78 Mark. Die Jahreseinnahme betrug 1579,73 Mark. Die Ausgaben betrugen pro 1901 1919,62 Mark. Mithin ist ein Fehlbetrag von 178,89 Mark vorhanden. — Der Rest ist Schweigen!

— **Proletarielos.** Am Freitag abend kam in der Herberge in der Tischlerkrugstraße ein Mann im Alter von 38 bis 40 Jahren zugereist. Als derselbe sich niederlegte, um etwas Speise zu sich zu nehmen, fiel er plötzlich um. Ein Herzschlag hatte dem Leben des Armen ein jähes Ziel gesetzt. Die Leiche wurde nach dem städtischen Leichenhause gebracht.

— **Halb erfroren** wurde heute morgen kurz nach 7 Uhr am Alten Markt ein Mann im Alter von etwa 30 Jahren aufgefunden. Der Unglückliche schrie vor Schmerz; er hatte sich die Stiefel von den bloßen Füßen gegogen, da er das harte Leder auf den erfrorenen Zehen nicht mehr ertragen konnte. Strümpfe konnte sich der Arbeitslose natürlich nicht mehr leisten. — Festgestellt wurde, daß der Mann während der Nacht vollkommen mittellos aus Burg hierher gekommen ist, weil er kein Geld mehr hatte, sich ein Obdach zu verschaffen. Ein Handelsmann nahm sich des schwer Leidenden an und brachte ihn per Wagen zu dem städtischen Krankenhaus. — Natürlich ist dieser Fall nicht vereinzelt, wenn sich auch die Opfer des wirtschaftlichen Notstandes nicht immer so genau feststellen lassen.

— **Ein übler „Scherz“.** Der Arbeiter Paul S i n g e aus Klein-Ottersleben grub im November v. J. in der Feldflur Eichorien. Am 16. November nahm er einen geladenen Revolver mit zur Arbeit. Die jungen Burshen trieben nun Tags über allerlei Unfug mit der Waffe. Am Abend auf dem Heimwege schloß Singe wieder und traf einen harmlos vor ihm hergehenden jungen Arbeiter, der sofort zusammensank. Singe und seine Gefährten versuchten zwar zuerst, den Verletzten mitzunehmen, ließen ihn aber dann, als es ihnen schien, er sei schwer getroffen, hilflos liegen. Schließlich erholte derselbe sich jedoch so weit, daß er sich unter großen Schmerzen allein nach Hause schleppen konnte. Die Kugel hatte glücklicherweise nur das Gefäß getroffen, wo sie noch heute in einem Muskel steckt. Wäre der Schuß ein wenig höher gegangen, hätte leicht der Tod eintreten können, so ist die Wunde aber gut geheilt, wenn auch unter argen Schmerzen. Das Schöffengericht erkannte am Freitag wegen fahrlässiger Körperverletzung auf 2 Wochen Gefängnis.

— **Gisgang.** Seit Tagen ist auf der Elbe etwas Eisgang eingetreten, wodurch die bereits begonnene Schifffahrt empfindlich gestört ist. Das ganze Ladegeschäft liegt darnieder. In Hamburg liegen viele Hunderte von Rähnen, ohne Ladung erhalten zu können, in Magdeburg ist es ebenso. Durch das Darniederliegen von Handel und Industrie hat außerdem die Schifffahrt ebenfalls schwer zu leiden.

— **Eine Großfeuermeldung** lief am Freitag abend kurz nach 10 Uhr von der Neustadt bei der hiesigen Hauptwache ein. In der Nicolaisstraße Nr. 8. stand auf dem Hofe ein Wagenschuppen in Flammen. Die Feuerwache Neustadt und die der Hauptwache rückten nach dort, während die Wache Sudenburg die Hauptwache besetzte. In Thätigkeit trat nur die Wache Neustadt, welche in kurzer Zeit das Feuer löschte. Die anderen Wachen konnten in ihre Depots zurückkehren, ohne in Thätigkeit getreten zu sein.

— **Ein Schornsteinbrand** veranlaßte das Ausrücken der Feuerwehr am Freitag abend kurz nach 7 Uhr nach Al. Schullstraße 14. Durch Abheben des Schornsteins mit Kette und Kugel wurde das Feuer gelöscht.

— **Berichtigung.** Wir erhalten von den Herren L e u k e, S c h ö n, T r e s c h a u, S e p p n e r, B e i t und W e g n e r folgende Berichtigung: „Wir, die Schneider der Firma C h r e n f r i e d F i n k e, erklären durch Namensunterschrift, daß wir bis dato sämtliche Maßfachen tarifmäßig bezahlt erhalten haben. — Gleichzeitig erklären wir

nach, daß wir stets schnell expediert, jeder Zeit pünktlichst unseren Lohn erhalten und auch immer mit dem größten Anstande behandelt worden sind."

Aus dem Bureau des Stadt-Theaters wird uns geschrieben: Es sei darauf hingewiesen, daß morgen, Sonntag, nachmittags auf vielseitigen Wunsch nochmals das Lustspiel "Die Zwillingsschwester" gegeben wird. Unsere Dornstreuken bitten wir nicht zu übersehen, daß die Vorstellung der "Meisterfinger von Nürnberg" Sonnabend abend ausnahmsweise bereits um 6 Uhr beginnt. Das Mitglied des Stadttheaters in Hamburg Fr. Sophie Wiesner wird, auf Engagement gestrichelt, am Dienstag, den 18. d. M., die "Valentine in Meherbeers" "Die Hugenotten" singen. Da "Mit Heibelberg" fortgesetzt bei ausverkauften Häusern gegeben wird, hat die Direktion das beliebte Stück auch für die kommende Woche ins Repertoire aufgenommen und wird es am Mittwoch und Sonnabend zur Aufführung kommen. Die Eröffnung der neuen Lustspiele von Robert Misch, "Das ewig Weibliche", ist für Sonntag, den 23. ds., angelegt. Nächsten Sonntag nachmittags wird die chinesische Musikstaltungssoprette "San Toh" zur Aufführung kommen.

Kaiser-Panorama, Brelteweg 184. In dem Bestreben, das Beste in Natur und Kunst dem Beschauer vor Augen zu führen, werden auch die nächsten Wochen fortgesetzt. Für die Zeit vom 16. Februar bis zum 1. März wird im genannten Institut ein interessanter Besuch von Buffalo und der panamerikanischen Ausstellung 1901, sowie eine Besichtigung der Niagara-Fälle zur Ausstellung gelangen. Dem vorliegenden Programm nach verspricht diese Serie sehr interessant zu werden. Im zweiten Diorama wird für die Woche vom 16. bis zum 22. Februar zum ersten Mal eine Reise durch die Insel Ceylon und Sri Lanka, mit besonderer Veranschaulichung der alten Tempelruinen in Baalbat usw. vorgeführt werden.

"Zur Steuer der Wahrheit." Unter dieser Stichmarke ersucht uns Genosse Julius Koch um Aufnahme folgender Erklärung: In Nr. 39 der "Volksstimme" befindet sich der Bericht über eine Gewerkschafts-Versammlung in Stendal. Nach demselben zu urteilen scheinen sich die Genossen zum großen Teil mit meiner Person beschäftigt zu haben. Die Ursache dazu ist die am 27. Januar in Magdeburg abgehaltene Gewerkschafts-Versammlung, in welcher ich mich an der Debatte beteiligte. Ich habe dort nicht gesagt, das dortige Kartell müsse beseitigt werden. Wenn allerdings die Stendaler Genossen annehmen, daß irgend ein Gegner der Kartelle mich über ihre Verhältnisse falsch unterrichtet habe, dann sind sie auf dem Holzwege. Was ich ausgesprochen habe, ist das Facit meiner Erfahrungen. Ich bin, das habe ich in der fraglichen Versammlung ausdrücklich betont, für ein gemeinsames Wirken der Gewerkschaften; den Kartellen als geschlossener Verein stehe ich allerdings skeptisch gegenüber. Im übrigen ist es mir gleichgültig, wie in den von mir citierten Kartellen die Genossen ihre Verhältnisse einrichten. Nur wenn ihre Tätigkeit der Organisation, der ich angehöre, nicht förderlich ist, dann wende ich mich dagegen, nicht in persönlichem Interesse, sondern weil ich es im Interesse der weiteren Entwicklung der Organisation für notwendig halte. Julius Koch.

Provinz und Umgegend.

An die Parteigenossen des Regierungs-Bezirks Magdeburg.

Das Central-Komitee hat den Genossen Schriftsteller Karl Thiel in Kassel zu einer Agitationstour gewonnen, welche am Sonnabend, den 22. ds. Mis., beginnt und spätestens am 6. März endet. Genosse Thiel ist als wirkungsvoller Redner hinlänglich bekannt. Diejenigen Orte, welche eine Versammlung abhalten wollen, werden ersucht, sich sofort, unter Angabe des von ihnen gewünschten Tages, bei dem Unterzeichneten zu melden. Die Thematika, über die Genosse Thiel zu sprechen bereit ist, lauten:

1. Das Bild der Armut und der Flut des Reichthums.
2. Die Arbeiter der Klassenkarte.
3. Antike und moderne Sklaverei.
4. Deutschland, Deutschland aber alles.

Der Ausschuß.

J. H. Albert Vater, Magdeburg, Knochenhaueruferstr. 27/28.

Fernerleben, 14. Februar. (Wähler-Verjammlung.) Schon lange ist der Wunsch laut geworden, ein Lokal anständig zu machen, in dem die zweite und dritte Wählerklasse gemeinsam über Gemeindeangelegenheiten beraten und beschließen kann: ein solches ist nunmehr gefunden. Am Dienstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Hänsgen, Gasthof zum "Deutschen Kaiser", eine Versammlung statt, in der jedem Gelegenheit geboten ist, über die wichtigsten Gemeindeangelegenheiten Auskunft zu erhalten. Diese Versammlung soll unter anderem den Gemeindevorstellern eine Direktive geben, ob die selben für einen Gemeindevorsteher, welcher dieses Amt als ein Ehrenamt betrachtet, oder für einen besoldeten Vorsteher zu stimmen haben. Ein jeder hat das Recht, seine Wünsche frei und offen auszusprechen. Jeder Gemeindeglieder muß ein Interesse an dieser Frage haben; veräume daher keiner zu erscheinen.

Commern, 13. Februar. (In den hiesigen Statendrüchen) ist jetzt wieder ein Fall zu verzeichnen, der alles bis jetzt Dagewesene in Bezug auf Außerachtlassung von Fortschrittsregeln beim Sprengen in den Schatten stellt. Am 8. Schröder'schen Steinbruch, der ungefähr nur 2 bis 300 Meter von der Dornbirgerstraße entfernt liegt, wurde am Mittwoch zur Feierzeit ein zum zweiten Male geladener Schuß zur Entladung gebracht. Die Wirkung desselben war so fürchterlich, daß zwei große Steinstücke in die Dornbirgerstraße hinüberflogen. Eines fiel auf das Haus des Steinbauers A. Müller, durchschlagend das Ziegeldach und fiel in die Dachkammer. Hier hatte der v. Müller seine eingekleideten Wurz- und Fleischwaren verwahrt und wurden dieselben bis auf Weniges vernichtet. Der Schaden an diesen Nahrungsmitteln beträgt ungefähr 150 Mark. Auch wurde das Haus ziemlich stark beschädigt. Der hier eingeschlagene Stein wiegt genau 10 Pfund.

Das andere Strengstück lag in der Dornbirgerstraße auf dem Hofe des Steinbauers. Das Stück wurde durch Schlägen und Stöße des ungefähr 20-25 Pfund schweren Strengstückes das dort anstehenden Gefälle nach am Arm. Der

Boden wurde durch die Wucht des Aufschlages einige Zoll tief eingeschlagen und auch noch die gegenüberliegende Wand beschädigt. Außerdem wurden annähernd zwei Centner Pferdefleisch, das zu Wurst verarbeitet werden sollte, so beschädigt, daß dasselbe nach Aussage des Besitzers nicht mehr verwertet werden kann. Um ein Haar wäre der im Schlachthaus arbeitende Geselle von dem hereinschlagenden Stein zerschmettert worden.

Wemerkten wollen wir noch, daß der Betriebsführer Blume, als er von dem Geschehenen benachrichtigt und sich zu überzeugen erschienen war, auf die Versicherung einiger Anwesenden, so etwas müsse zur Anzeige gebracht werden, erwiderte, daß das unnötig sei, denn der Materialschaden würde ersetzt werden. Sehr richtig, verehrtester Herr Blume, der Materialschaden kann ersetzt werden; wie aber, wenn — was doch sehr leicht möglich war — ein oder mehrere Menschenleben durch diese bodenlose Nichtbefolgung der Vorsichtsmaßregeln beim Sprengen vernichtet wären? — Die Aufmerksamkeit der Polizei möchten wir hiermit noch ausdrücklich auf die Betriebsführung des L. Schröder'schen Steinbruches lenken. Im Interesse der „öffentlichen Sicherheit“ wäre nur zu wünschen, daß der Schuldige seine gerechte Strafe erhält.

Halle a. S., 14. Februar. (Der Kaiser) wird im Laufe des Sommers der Stadt Halle den längst verdrohenen Besuch abstatten, um das dort enthüllte Denkmal Kaiser Wilhelms I. zu besichtigen. Im vorigen Jahre war der Besuch bekanntlich durch den Tod der Kaiserin Friedrich vereitelt worden, nachdem die Stadt schon große Summen für die Ausschmückung hergegeben hatte. Summen, welche also hauptsächlich auf die Straße geworfen waren. Vorgeblich hatten unsere Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung schon vorher vor diesen Ausgaben gewarnt.

Goffentlich blamieren sich die Stadtverordneten in diesem Jahre nicht wieder durch erneute Bewilligung großer Summen, denn erstlich können Kaiserreisen leicht wieder abgelaßt werden und zweitens hat ja der Kaiser selbst anlässlich seines Geburtstages human veranlaßt, daß der monarchisch denkende Teil des Publikums statt für Illumination lieber für wohltätige Zwecke Geld verausgabe.

mk. Schönebeck, 15. Februar. (Mchtung, Hafenarbeiter!) Am Sonntag, den 16. Februar, findet im "Wiener Restaurant" unsere ordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher, wie aus dem Annoncenteil zu ersehen ist, der Kollege Adolf Decker aus Magdeburg, welcher als Delegierter auf der letzten Generalversammlung war, über die dortigen Verhandlungen referieren wird. Darum ist es Pflicht eines jeden Schiffers und Hafenarbeiters, in der Versammlung zu erscheinen.

Wanzleben, 14. Februar. (Zum Van der Gasanstalt) wurde die Firma Karl Franke-Bremen von der Stadt verpflichtet, die hiesigen Handwerker bei Verrichtung der Arbeiten und hiesige Arbeiter in erster Linie zu berücksichtigen. Die Aufnahme ausländischer Arbeiter ist untersagt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Egeln sind falsche Thaler im Umlauf. — Das Gerichtsgefängnis in Hitterfeld ist jetzt so überfüllt, daß eine Anzahl Gefangener nach Gräfenhainichen und Barbis transportiert werden mußte. — Beim Holzfahren von Forstbezirk Komau nach Barbis starb am Donnerstag der Arbeiter Fehle aus Gehren mitten auf dem Wege. — Donnerstag vormittag wurde beim Mangieren auf dem Schachtgleise in Leopoldsdorf dem Arbeiter S. der Zeigefinger und noch von zwei anderen Fingern die Knuppen abgefahren. Der Unfall geschah infolge dichten Nebels. — Durch die Unachtsamkeit eines Gehirnersührers wurde Donnerstag nachmittag in der Hohenerglödenstraße der Thorpfalter einer neu erbauten Villa umgefahren. — In der Nacht vom 8. zum 9. ds. Mis. ist in Duedlinburg aus dem Kaffeezimmer des Kaiserhofes ein fast neuer dunkler Winterbergier mit bräunlichem dunkelgelbem Futter gestohlen worden.

Aus der Parteibewegung.

In Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 200.—, 3. Kreis 300.— (darunter Dr. H. L. u. H. Quart. 02 50.—, G. B. Jahresbeitrag 5 20.—, 4. Kreis Südost 1000.— (darunter A. B. 23 30.—, Kope, Stalperstr. 1.—), 5. Kreis 150.— (darunter R. R. 50.—) 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 1250.— (darunter Beiträge vom Wahlbezirk, Dezember 01 1901, Billeto vom Sommerfest 318,80, A. B. Winter 1.—), Berlin, diverse Beiträge 652,92. Barmstedt, St. i. B. 25.—, Brandenburg a. H., Wahlkreis Werhaveland 150.—, Breslau, sozialdemokratischer Verein 50.—, Barm-Wilhelmshafen, Parteibeitrag 4 Quartal 1901 153.—, Bern 50.—, Bamberg, Rotlicht 25.—, Bremerhaven, sozialdemokr. Verein 100.—, Brühl, durch B. Walliser 50.—, Bremen, auf einer Geburtstagsfeier bei Th. gesammelt durch Koch 2,60, Grimnisch 150.— (dar. durch A. C. von Ungenannt 10.—, von K. S.—, v. Th. W. durch A. C. 3.—, durch R. von Garderobe 3.—, durch G. W., Schloßherr 50.—, emerit. Aukt. Schloßherr 7.—, Charlottenburg, vom Centralwahlverein des Kreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Th.-Bez. 300.—, Dresden, 4. fächlicher Wahlkreis 400.—, Dülzberg, von Küstern, die am 1. Mai 1901 gearbeitet haben, 3,90. Deitzsch, Wahlkreis Deitzsch-Hitterfeld 50.—, Durlach, bei der Silberhochzeit eines Veteranen der Partei 4,40, Dresden, Merkur 5.—, Eberfüge, Speibürger Altendal 6.—, Eisenach, von Genossen durch D. 10.—, Eisenach, durch G. B. 12.—, Frankenberg (Oberh.) 2,50. Götze, Ueberichs der Singers-Versammlung 100.—, Gelsenau i. Erzgeb., durch G. R. vom R.-W.-Kolonne 3,50. Gollha, von den Parteigenossen durch den Vertrauensmann 30.—, Gnanau-Gelbhanen-Orb. Wahlkreis 100.—, Hahndt bei Berner, von Parteigenossen 10.—, Heßler, von Genossen am Eisenach gesammelt 1,90. Hohenheim-Erntthal, Sylvesterüberschuß 5.—, Heßler, von Parteigenossen 5.—, Hüttenkamaß, für die gute Sache, 1. Rate 10.—, Hagen i. W., Ungenannt, 3.—, Hamburg, im Monat Januar in der Expedition des "Echo" eingegangen 107,40, Hahndt a. M., R. R. 4.—, Karlsruhe-Mühlburg, Wahlkreis 10.—, Saganfeld i. B., von Parteigenossen 3.—, Siedman bei Schneeburg i. E., von Parteigenossen 1,35. Laß i. W., Altvater 5.—, Langenscheidt im Wahlkreis Gnanau, von Parteigenossen 71.—, Magdeburg, von den Parteigenossen 500.—, Marburg a. S., von Parteigenossen 10.—, München, Waldläufer 5.—, Nürnberg-Altstadt, Sozialdemokratischer Verein 20.—, Mierhählich, 6. fächlicher Reichstags-Wahlkreis 500.—, Neuhaldensleben, Wolmir-Rede, Heßler 50.—, Neu-Ruppin, Schulz 3.—, Oberstein a. R., Parteibeitrag, 4. Quart. 01 252. Offenbach i. H., von den alten Offenburger von einer nicht hiesigen Brantendauer 25.—, Paris, vom deutschen Sozialdemokratischen Komitee 40,32. Rarunich, eines ameritanischen Naturs 12.—, Reichenbach i. S., R. R. durch G. W. 3.—, Reichenbach, vom allgemeinen Arbeiterverein, 4. Quartal 25.—, Roter Sternberg, 3. und 4. Quartal 01 3.—, Sen. E. B. 1.—, Sa. 29.—

Schwäbischer Bundsgroschen 250.—, Sorau, durch den Vertrauensmann 25.—, Solingen, 1. meining. Kreis 10.—, Solingen, durch den Kreisvertrauensmann 25.— (darunter vom Volksverein Solingen 10.—), Wielau, Vertheigerung einer roten Fahne 2,30, "Worms" 4. Quartal 1901 16 085,15, Woltmershausen, sozialdemokratischer Wahlkreis 50.—, Württemberg 300.—, Weimar, vom 1. weimar. Wahlkreis durch Bed 50.—, Z. P. B. 2000.—

In der Mitteilung über die Eingänge des Monats Dezember muß es unter Niedergewinn nicht heißen 17., sondern 19. sächsischer Reichstagswahlkreis.

Berlin, den 8. Februar 1902.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Kleine Chronik.

Das Urteil im Trebertrocknungsprozeß.

In der Verhandlung am Freitag erhielten die Angeklagten noch Gelegenheit, sich über die Antragstellung der Staatsanwaltschaft zu äußern. Hermann Sumpf führte in längerer Rede aus, daß er stets auf das Wohl der Gesellschaft bedacht gewesen sei und immer nur das Beste gewollt habe. Jedenfalls sei er überall von gutem Glauben über die Güte der Geschäfte und die Wahrheit der Schmidtschen Darstellung geleitet gewesen. Er schloß mit der Miene eines Unschuldlanmes: „Der Verlust meines Vermögens vermochte nicht, mir die Kraft und den Mut zu rauben, ein neues Leben zu beginnen. Mein Mut würde aber tief gebeugt werden, wenn ich Bestrafung erlitt. Ich kann nur wiederholen, was ich vom ersten Tage meiner Unterjuchungshaft ausgesagt habe: ich bin unschuldig und bitte daher eindringlich und herzlich um meine Freisprechung.“ In gleicher Weise bekehrten die anderen Angeklagten ihre Unschuld.

Das Urteil lautet: Hermann Sumpf 7 Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, Schlegel 5 Monate und 5000 Mark, Otto 6 Monate und 5000 Mark; Arn. Sumpf 3 Monate und 5000 Mark, Schulze-Westwig 3 Monate und 5000 Mark. Von der Unterjuchungshaft wurden 4 Monate in Anrechnung gebracht und Arn. Sumpf und Schulze-Westwig auf freien Fuß gesetzt. Die Angeklagten sind des Vergehens der Verschleierung für schuldig, des der Untreue dagegen für nichtschuldig erklärt worden. — Der Staatsanwalt hatte bekanntlich mit Recht Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 2 Jahren gegen die dreisten Bilanzfälscher beantragt. Besondere Härte wird also kein Mensch dem interessanten Urteil nachsagen können.

Direktor Schmidt ist, wie es heißt, in Paris erkrankt, weshalb seine rechtzeitige Vernehmung als Zeuge im Trebertrocknungsprozeß unmöglich wurde. Die Auslieferung erfolgt, sobald Schmidt gesund ist, wahrscheinlich in nächster Woche.

Aus der Verhandlung vom Donnerstag ist noch ein sensationeller Brief Schmidts nachzutragen, den Justizrat Dr. Garnier zur Verlesung brachte. Das Schreiben ist am 29. Juli 1891, also zwei Jahre nach der Begründung der Trebergesellschaft von Wilhelmshöhe aus an seinen englischen Geschäftsfreund Parson in London gerichtet. Der Brief lautet:

Mein lieber Freund! Ich komme also morgen mit Sumpf nach Köln und von dort nach Bonn herüber. Sumpf ist ein außerordentlich mißtrauischer Mensch, und ich unterziehe mich der Mühe, ihn für unsere Zwecke zu bearbeiten, denn er ist ein Geldmann, wie wir ihn uns nur wünschen können. Er hat bedeutende Mittel und muß ordentlich scham angefaßt werden, ohne daß er es aber merken darf. Ich freue mich darauf, daß wir endlich zu Gelde kommen. Du mußt nun aber die Rolle gut ausführen, die ich Dir zugewiesen habe. Er hält Dich nämlich für reich und glaubt, daß er auf Deinen Fang abgesehen sei. Ich teile Dir alle diese Dinge mit, damit Du sehr vorsichtig bist und nicht verräthst. Denn ich habe mir viele Mühe gegeben und er darf auf keinen Fall kopfscheu werden. Mein Bestreben geht dahin, sein Mißtrauen einzuschläfern, denn er glaubt, wie alle bei der Gesellschaft, daß ich fernerhin so angestrengt zu diesem billigen Preise arbeiten werde. Sie sollen sich keiner Täuschung hingeben, ich werde mir den Direktorposten gut bezahlen lassen; und sie sollen grünlich von dem Irrtum geheilt werden, daß ich es auch künftighin für ein Butterbrot machen werde. Ich bitte Dich, diese Zeilen streng diskret zu behandeln, und erwarte, daß Du mein Vertrauen rechtfertigst, damit mein Spiel nicht verdorben werde. Falls Du noch sonst etwas mit mir zu besprechen haben solltest, so thue es später, wenn wir wieder allein sind, damit Du ihm gegenüber nicht schließlich aus der Rolle fällst. Dein Adolf.

Intensive Mndacht.

Raum gläublich, aber der „Frankfurter Zeitung“ zufolge wahr ist folgender Vorfall, der allgemeines Aufsehen erregt. Die Frau des Arbeiters Karl Purgilla in Gelsenkirchen wurde am Dienstag abend, aus der Kirche heimkehrend, auf der Straße von Krampfanfällen und dann von einem Schlaganfall heimgejucht; bald darauf verschied sie. Es stellte sich heraus, daß die Frau den ganzen Tag, ohne jedwede Nahrung zu sich zu nehmen, in der Kirche, woselbst vierzigstündiges Gebet stattfand, verweilt hatte.

Santos Dumont

unternahm Freitag nachmittag einen neuen Aufstieg. Er wollte nach Kob Martin hinfiegen. Als das Luftschiff gegenüber dem Taubenschießstand von Monte Carlo angekommen war, stakete es infolge Reizens der Ballonhülle aufrecht, in weniger als zehn Minuten war das Gas ausgeströmt und der Ballon fiel langsam ins Meer. Santos Dumont wurde wohlbehalten von einem Kahn aufgenommen. Der Ballon liegt völlig im Wasser.

Vertuschungssystem in Wien.

Die Kommune Wien wurde am Freitag vom Gericht verurteilt, ein von ihr als Geheimnis gehütetes

Dokument herauszugeben. In diesem Dokument verpflichtet sich ein städtischer Bauunternehmer, welcher Erweiterungsbauten an dem Wasserschöpfwerk in Pöschach vorgenommen hat, weder öffentlich noch privat den Behörden mitzuteilen, daß in einem Brunnen der Pöschacher Tiefquellenleitung Sickerwasser aus dem Gebiet eines Abdeckers von Mognitz eindringt und daß die Wiener Wasserleitung dadurch verunreinigt wird. Das Pöschacher Schöpfwerk, dessen Wasser der Sanitätsbehörde schon vor längerer Zeit verdächtig war, ist jetzt außer Betrieb. — Die unter Herrn Lueger stehende antisemitische Verwaltung Wiens hat sich also nicht gescheut, im Publikum durch ungesundes Wasser wissenschaftlich Krankheiten zu verursachen und die Deffentlichkeit nicht einmal zu warnen. Werden sich die Wiener diese Mißhandlung ihrer Gesundheit durch die Verwaltung gefallen lassen? —

Eine Millionärin als Diebin.

Vor dem Pariser Appellationsgericht spielte sich dieser Tage der Prozeß der Gräfin M. ab, welche beschuldigt war, in einem großen Pariser Magazin einen Regenschirm, eine

Börse und ein Paar Manschettenknöpfe gestohlen zu haben. Die vornehme Diebin gehört nicht etwa zur verarmten Pariser Aristokratie; sie ist mehrfache Millionärin und hatte im Augenblick, als sie festgenommen wurde, 2400 Frank bei sich. Offenbar war also die Gräfin nicht gerade durch die Not gezwungen, den Diebstahl zu begehen, ihrer Aussage nach unterlag sie einer Anwandlung von Kleptomanie. Der Appellationsgerichtshof wollte aber diese krankhafte Anlage als Entschuldigungsgrund nicht gelten lassen und bestätigte das Urteil der ersten Instanz, welches die Gräfin zu einer Geldstrafe von 400 Frank verurteilt hatte.

Diese milden Richter hätten sicherlich einen armen Arbeiter, den die Not zu ähnlichen Diebstählen veranlaßt hätte, zu harten Gefängnisstrafen verdammt. Die Millionärin, welche aus maßlosem Geiz stiehlt, obwohl sie zu den Reichsten gehört, kommt mit einer Geldstrafe davon, die sie nicht zu der geringsten Einschränkung zwinnt. Solche Klassenjustiz giebt es in — Frankreich! —

Kleine Tageschronik. In Gerresheim bei Düsseldorf wurde ein Mann Namens Horbach verhaftet, der im August 1899 im Grafenberger Walde eine Frau durch Messerliche getötet hatte und

bisher vergeblich gesucht worden war. — Auf der Feste Königsborn bei Lina sind ein Steiger und zwei Bergleute durch eine Explosion schlagender Wetter schwer verletzt worden. — In München sind beim Infanterie-Regiment am 7. bezw. 8. d. M. zwei Soldaten im Lazarett an Genickstarre gestorben. — In Elisabethopol in Rußland wurde in den letzten Tagen ein Erdbeben verspürt, welches mehrere Gelübden dauerte. Einige Häuser erhielten Risse. — Die Polizei zu Eger nahm den Landwirt Glawitschek fest, in dessen Begleitung sich nicht weniger als 16 Mädchen befanden, welche nach Amerika verhandelt werden sollten. — Der Zuhaber der Pöschacher Schöpfwerkfabrik in Lunzenau bei Chemnitz ist nach Verhängung bedeutender Wechselstrafen flüchtig geworden. — Der Elzug Budapest-Belgrad stieß, wie dem „Vol.-Anz.“ aus Budapest depechiert wird, während des Rangierens vor der Station Fetschegh mit einem beschleunigten Güterzuge zusammen. Ein Bahnangestellter wurde getötet, der Zugführer des Güterzuges schwer verletzt. —

Bereine und Versammlungen.

Freie Religionsgesellschaft. Heute, Sonntag, nachm. 5 Uhr, hält Herr Dr. Kramer im Gemeindehause, Marktstraße 1, einen Vortrag über: „Religion und Realismus“. Der Zutritt ist jedermann gestattet. —

Neue

Konfirmierenden-Kleiderstoffe

Einzig grosse Auswahl! schwarz und farbig. Auffallend billige Preise!

<h2 style="font-size: 2em;">Schwarze</h2> <p style="text-align: center;">Drei aussergewöhnliche Angebote</p>	<p>Gemusterte Mohairs die letzten neuesten Muster, Meter 90 Pf.</p> <p>Gemusterte Mohairs hochfeiner aparter Geschmack Meter 1.20, 1.35</p>	<h2 style="font-size: 2em;">Farbige</h2> <p style="text-align: center;">Drei aussergewöhnliche Angebote.</p>	<p>Glatte Cheviots, reine Wolle, viele Farben Meter 85, 75 Pf.</p> <p>Diagonal-Cheviots, reine Wolle, schöne moderne Farben Meter 90, 100 Pf.</p>
<p>Ganz schwerer reinwollener Cheviot, vorzüglich im Tragen, 110 cm breit, Meter 115 Pf.</p>		<p>Ganz schwerer, reinwollener Cheviot, moderne Farben, vorzüglich im Tragen, 110 cm breit, Meter 115 Pfg.</p>	

Die für diese Preise gebotenen Qualitäten werden berechtigtes Aufsehen erregen!

Weberei-Waren

Siegfried Cohn

58 Breiteweg **Breiteweg 58**

Konfirmierenden-Anzüge

in den allerbesten Ducklin-, Diagonal-, Cheviot- und Kammergarnstoffen in schwarz, blau und braun mit prima Futter und bester Verarbeitung empfehlen in großer Auswahl in den Preislagen von **8, 12, 16, 20, 25, 30 Mk.** 2013

Magdeburger Konkurrenz-Gesellschaft
in Firma Mayer u. Co., Magdeburg.
Größtes Spezialgeschäft für fertige Herren- u. Knaben-Bekleidung
Breiteweg 189/90
gegenüber der Steinstraße, 1 Treppe.

Großer Möbel-Ausverkauf.

10 Prozent Rabatt bis 20. Februar.

Wegen Umbau meiner Möbelpelzer muß das ganze Lager schnellstens geräumt werden.

Günstigste Gelegenheit für Brautpaare und Möbelverkäufer.

Größte Auswahl in:
Garnituren, Buffets, Bierstühlen, Trumeaus, Sofas, Bettstellen, Küchenmöbeln, Logenmöbeln usw. usw. — Vollständige Salons, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer.
Gekaufte Möbel können frei lagern.

Möbelfabrik und Magazin
W. Schottstedt, Magdeburg
Gr. Münzstraße 2, nahe am Breiteweg.

Kur- u. Badeanstalt Sudenburg

69 Wolfenbüttlerstraße 69
empfehlen 2100

Dampfbäder, Packungen, Massagen etc.

Moorbäder von natürl. Mooreerde.

Sohlensäurebäder
sowie künstliche Bäder zu Heilzwecken.

Bannen-Reinigungsbäder 25, 50 Pfg.

Leder-Ausschnitt F119
sowie Leisten und Schuhmacher-Verbandsartikel kaufen Sie am besten und billigsten bei

Meyer Michaelis, Große Marktstr. 8.

Abzahlung!

Eine Wohnungs-Einrichtung für 1 Zimmer M. 98, Anzahlung M. 10, wöchentl. 1 M.	Eine Wohnungs-Einrichtung für 2 Zimmer M. 195, Anzahlung M. 20, wöchentl. 2 M.
Eine Wohnungs-Einrichtung für 3 Zimmer M. 300, Anzahlung M. 30, wöchentl. 3 M.	Eine Wohnungs-Einrichtung für 4 Zimmer M. 398, Anzahlung M. 40, wöchentl. 4 M.

Sofas, Diwans, Kleiderschränke, Verticows, Kinderwagen, Uhren, Anzahlung 5 Mk.

Manufakturwaren, Herren- u. Damen-Konfektion
in großer Auswahl!

S. Osswald, Waren- u. Möbel-Kredithaus

Magdeburg, Alte Ulrichsstr. 14.

Kaufe 2137

Kanarienhähne u. -Weibchen
gewöhnliche und gute Sänger, bezahlte höchsten Preis.
J. Tischler, Annastr. 25.

Geschmackvolle Wandsprüche

in diesen Mustern.

Passend zur Ausschmückung von Restaurationen, Vereinslokalen, Junggesellen- und Familienwohnungen.

Nur 40 Pfg.
zu haben in der
Enchhandlung Volksstimme

Die Bürgerlichen und das Kommunalwahlrecht.

Im Bürgerverein Budau referierte am Freitag abend der Stadtverordnete Janick über die geplante Kommunalwahlreform des Magdeburger Magistrats. Die von etwa 40 Personen besuchte Versammlung tagte im großen Saale des „Schwarzen Adlers“.

Stadtv. Schmidt wünscht die Stimmung der Wähler kennen zu lernen, wenn diese auch die Stadtverordneten nicht binden könne. Herr Heyer tritt für das reine Durchschnittsprinzip ein und bemängelt das mangelhafte Interesse der Bürger.

Stadtv. Haupt erklärt, daß seine Partei bei der ganzen Angelegenheit den lachenden Dritten spiele. Um die Sozialdemokratie zu schädigen, werden eine große Anzahl Mittelstandsangehöriger in die dritte Abteilung zurück versetzt.

schließen. Zum Schluß wurde noch eine in der „Volksstimme“ erschienene Notiz betreffs Miete der Gasuhren auf Anregung des Stadtv. Janicke besprochen und eine diesbezügliche Anfrage an zuständiger Stelle in Aussicht gestellt.

Ein Bild des Glends bot sich am Freitag nachmittag den Passanten der Spiegelgasse dar. In einem Eingang zu einer Villa saß ein ohnmächtig gewordener älterer Mann, welcher von einem im Hause wohnenden Herrn ein Glas mit warmem Wasser gereicht erhielt.

Stadtv. Theater. Spielplan vom 16. bis 23. Februar: Sonntag nachm. 3 Uhr: „Die Zwillingsschwester“, abends 6 Uhr: „Die Meisterlinder von Nürnberg“.

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

Frankfurt a. M., 15. Februar. Der „Frankf. Btg.“ wird aus Leipzig gemeldet. Der Prozeß gegen die Direktoren und Ausschritts-Mitglieder der Leipziger Bank wird erst in der zweiten Periode des Schwurgerichts, also nicht vor April d. J. verhandelt werden.

Sofia, 15. Februar. Hier ist die Meldung eingetroffen, daß Mik Stone bereits mit ihrer Begleitung freigelassen sei und sich auf dem Wege nach Sofia befindet.

Frankfurt a. M., 15. Februar. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus New-York: Im Repräsentantenhause wurde dem Mitgliede Wheeler durch einstimmigen Beschluß eine Redezeit von 15 Minuten gewährt, um betreffs Englands Haltung zu sprechen.

Zum anglo-japanischen Vertrag.

London, 15. Februar. Die Beamten des auswärtigen Amtes dementieren die Abtretung Weichaiweis an Deutschland. Desgleichen wird dementiert: Marquis Ibo habe den anglo-japanischen Vertrag abgeschlossen.

Paris, 15. Februar. Der „Matin“ meldet aus Petersburg: Der Wortlaut des englisch-japanischen Abkommens hat nun auch hier veröffentlicht werden dürfen. In amtlichen Kreisen wird der Vertrag mit großer Ruhe ertogen; man erklärt, man könne nur befriedigt sein, daß England und Japan sich geeinigt haben, um die Integrität Chinas zu wahren.

Peking, 15. Februar. Der anglo-japanische Vertrag ruft hier begreiflicherweise großes Interesse hervor.

Der russische Gesandte begab sich nach der amerikanischen Legation, um sich selbst über die Haltung der Unions-Regierung zu informieren, die bis vor mehreren Wochen in Bezug auf die Politik der „offenen Thür“ eine sehr feste Stellung einnahm.

Rühne Hoffnungen.

London, 15. Februar. Man versichert hier, daß, falls die Fortdauer des Krieges es erlaube, Ritchener im April nach England zurückkehren werde, um dem Krönungsfeste beizuwohnen. Es ist jedoch noch nicht sicher, ob Ritchener bei der Krönungsfeierlichkeit wird zugegen sein können.

Tolstoi tot?

Warschau, 15. Februar. Der „Głos Polski“ läßt sich aus Warschau telegraphieren, daß Tolstoi gestorben ist.

Zum Generalaufstand in Triest.

Triest, 15. Februar. Infolge des gestrigen blutigen Zusammenstoßes zwischen Militär und Streitenden läßt der Bürgermeister heute mittels Platates die Bevölkerung auffordern, sich ruhig zu verhalten, damit solche unheilvollen Geschehnisse vermieden werden.

Paris, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die irische Agitatorin Maub Sonne hielt hier gestern abend ein großes Meeting zum Protest gegen den Burenkrieg ab. Die Rednerin wurde von stürmischen Beifallskundgebungen häufig unterbrochen.

London, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Beccycerkop wird gemeldet, daß von den Buren im ganzen noch 12 000 Mann im Felde stehen. Diese wüßten, daß sie ruiniert sind und ihre Unabhängigkeit verloren hätten; sie suchten aber, England noch möglichst viel Schaden zuzufügen und zu Ausgaben zu zwingen; sie seien entschlossen zu kämpfen bis der letzte Bure gefallen oder gefangen genommen sei.

Hannover, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Schwurgericht verurteilte die dreifache Kindes-Mörderin Sedziarska zum Tode und zehn Jahren Zuchthaus.

Heute Eröffnung

Konkurs-Ausverkauf

VON

Herren- und Knaben-Bekleidung

vis-à-vis Café Hohenzollern 65 Breiteweg 65 vis-à-vis Café Hohenzollern

Neu eröffnet! Belagerung von Paris. Ausfall der Franzosen am 2. Dezember 1870. Panorama, Kaiser Wilhelm-Platz. Vorzugsbons gültig. Grösste Sehenswürdigkeit in Magdeburg. Offen von früh 9 Uhr bis abends 8 Uhr täglich. Eintrittspreis 1.05 Mk. incl. städtischer Billetsteuer.

Rüchzenzettel der Magdeburger Volksküchen. Panpawache 5 und Neustadt, Schmidtstraße 61. Montag: Klöße mit Pflaumen und Rippenfed. Dienstag: Weiße Bohnen mit Rindfleisch. Mittwoch: Weißhohl mit Hammelfleisch. Donnerstag: Linsen mit Rindfleisch. Freitag: Brauntohl mit Salzkartoffeln und Schweinebraten. August Schumm Sudenburg 5119 Braunschweigerstr. 19. Vorzügl. Linde empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme.

Zur Einsegnung empfehle ich zu sehr billigen Preisen Kleiderstoffe in schwarz, farbig und weiß in großer Auswahl. Unterröcke verschiedenster und geschmackvoller Ausführung. Max Kraft 2142 Sudenburg

Nur durchaus beste Fabrikate und besondere Gelegenheitskäufe gelangen zum Verkauf.

Neu eingetroffen!

Ganz vorzüglich ausfallende, doppelt gereinigte staubfreie
Bettfedern, Daunenn und fertige Betten
 werden in anerkannt besten Qualitäten zu verblüffend billigen
Preisen verkauft.
 Grosse Gelegenheitsposten Englische Tüll-Gardinen
 im Stück u. abgepaßt, nur appreturfreie, gute haltbare Qualitäten, sowie
Große Gelegenheitsposten Kongrestoffe
 werden zu beispiellos billigen Preisen abgegeben.

Für die Konfirmation!

Täglich neue Eingänge große Sortimente hervorragende Neuheiten
schwarzer, weißer und farbiger Damenkleiderstoffe.
 Günstigste Gelegenheit für Bräute zur Beschaffung von
 Ausstattungsgegenständen.
 Für Wiederverkäufer extra Rabatt!

Isidor Gabbe

Breiteweg 9/10 gegenüber der Leiterstraße. — Verkaufsräume 1 Et. hoch.
 Breiteweg 9/10

Auf Firma und Hausnummer bitte genau zu achten:
 Isidor Gabbe, Breiteweg 9/10, 1. Etage.

Sie erhalten
Vertikows
 einzeln mit
5 Mark Anzahlung
 und wöchentlich
1 Mark Abzahlung.
Hermann Liebau
 Breiteweg 127 F119
 Ecke Schreiberstr., gegenüber
 der Katharinenkirche

Rosenberg'scher Möbel- Konkursmassen- Ausverkauf

- und anderer Möbel
- | | |
|------------------|----------------|
| Buffets | nur 130—400 Mk |
| Kleiderschränke | 20—40 .. |
| Luzenschränke | 80—140 .. |
| Vertikows | 30—90 .. |
| Pfeilerschränke | 17—29 .. |
| Pfeilerspiegel | 6—14 .. |
| Ehlfische | 9—13 .. |
| Sofafische | 10—24 .. |
| Anziehfische | 15—22 .. |
| Gr. Speisefische | 40—75 .. |
| Rippschwans | 27—45 .. |
| Plüschschwans | 50—65 .. |
| Plüschgarituren | 115—250 .. |
| Caschenschwans | 50—90 .. |
| Küchenschränke | 20—30 .. |
| Anrichte | 18—24 .. |
| Küchentische | 7—10 .. |
| Küchenstühle | 2 1/2—3 .. |
| Rohrstühle | 3 1/2—8 .. |
| Crailleurstühle | 5 .. |
| Walzenstühle | 5—7 .. |
| Muschelstühle | 7—9 .. |
- und alle anderen Möbel
 ebenso spottbillig.

Empfehle den geehrten Herr-
 schaften meine
**feinen Fleisch- u.
 Wurstwaren.**
C. Oehlschläger
 F119 Neumarkt 6.

Pflaumenmus
 anerkannt beste Qualität
 offeriert v. 5 Pfd. an p. Pfd. 15 Pf.
Gustav Köhler
 Pflaumenmusfabrik m. elektr. Betrieb
 Leipzigerstraße 14. H3

Möbel 592
Spiegel u. Polsterwaren
 Ganze Ausstattung von 150 Mark
 an bis zu den elegantesten
 empfiehlt
C. Dittmar Tischler
 meißner
 Tischlerkrugstraße Nr. 26.

Eine fast neue Waschmaschine mit
 Steil. Service, sowie einige Str. Futter-
 u. Ehlartoffeln zu verkauf. bei Otto
 K a p s. Welterhüfen, Kirchhofstr. 5

Zahn-Atelier
R. Zimmermann
 Magdeburg-Neustadt
 Lübeckerstr. 29, 1.

Ausnahme-Preise:
 Ein Gebiß mit 3 Zähnen 7.50 Mk
 Ein Gebiß mit 4 Zähnen 8.00 Mk
 Ein Gebiß mit 5 Zähnen 8.75 Mk
 Ein Gebiß mit 6 bis 12 Zähnen
 à Zahn 1.50 Mk.
 Ganzes Gebiß mit 24 Zähnen (oben
 und unten) 50.00 Mk.
 Nur gegen Abgabe dieser
 Annonce! 2139

Ohne diese à Zahn 3.00 Mk.
 Diese Ausnahme-Preise be-
 stehen nur bis 31. März.
 Auf Wunsch Teilzahlung ohne
 Preisverhöhung.
 Anzahlung 3 Mk., Abzahlung
 wöchentlich 1 Mk.
 10jährige Garantie.
 für Haltbarkeit

Die neuesten Kleiderstoffe zur Konfirmation

schwarz und farbig
 sind in außergewöhnlich großer Auswahl, nur neuesten und
 besten Geweben und Farben, neu eingetroffen und
werden außerordentlich billig verkauft.
 Ferner sind in großer Auswahl neu eingetroffen
Beste Buckskins, Kammgarne u. Cheviots
 für Herren- Konfirmanten- und Knaben-Anzüge.
 Außerordentlich große vorteilhafte Posten
Gardinen in creme u. weiß
 bestes engl. Tüll-Fabrikat, vom Stück und abgepaßt,
 bis zu den besten Spachtel-Gardinen und Stores,
 Tüll- und Spachtel-Ranten und Bettdecken, Teppiche,
 Decken, Säuser, Vorleger.
Sofabezugsstoffe, glatte und bunte Plüsch
 in größter Auswahl, nur guten Qualitäten und sehr billig.

A. Karger

Gelegenheitskauf-Geschäft
 8 Große Marktstraße 8.

Diesdorf. Diesdorf. 2051
 Empfehle mein großes, wohlgeschmeckendes
Brot (7 Stück für 3 Mark)
 sowie täglich frisch gebackene Weiswars und alle Sorten Kaffeegebäck
Paul Wahrenberg, Bäckermeister.
 früher Winkelmanns Bäckerei.

Jakobsstrasse 50.

Konfirmation!

Frau Schulze klagt und lamentiert,
 Ihr Fritz wird Ostern konfirmiert;
 Sie rathschlagt nun mit ihrem Mann,
 Wo man 'nen Anzug kaufen kann,
 Der billig ist und doch gut hält,
 Denn knapp macht heute sich das Geld.
 Halt, spricht der Mann, jezt denk ich dran,
 Mein Freund **Max Zehden** ist mein Mann,
 Bei dem mußt du den Anzug kaufen,
 Nach **Jakobsstraße 50** lauten.
 Wo große Wahl und billige Preise,
 Da kaufst du gut in jeder Weise!

Konfirmanten-Anzüge in Satin, Kam-
 garn und Cheviot von 7 1/2—25 Mk.
 Jackett-Anzüge in Kammg. u. Buckskin 11—38 Mk.
 Rock-Anzüge in Satin und Kammgarn 21—40 Mk.
 Jünglings-Anzüge in Buckskin, Cheviot 5—12 Mk.
 Knaben-Anzüge, hohelegante Façons 2 1/2—9 Mk.
 Einzelne Jacketts und Posen 1 1/2—10 Mk.

Riesenauswahl in Herren- und Knaben-Konfektion
 Schuhwaren und Herrenwäsche 2037
 zu enorm billigen Preisen.
 Arbeiter-Garderobe ebenfalls sehr billig.

Kaufhaus Max Zehden

neben der Buchhandlung Volksstimme.

Genossen, Arbeiter u. Arbeiterinnen!
 Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die
 Inserate in heutiger Nummer! . .

Sudenburg.
 Wegen Umbau und Vergrößerung
 meiner Geschäftsräume eröffne ich heute einen
Räumungs-Ausverkauf
 in
 allen von mir geführten Waren.
 Für viele Artikel sind die Preise ganz bedeutend herabgesetzt;
 auf alle anderen gewähre ich
10 Prozent Rabatt.
 Der Ausverkauf dauert bis zum
28. Februar d. Js.
 Ich biete hiermit meinen Kunden große Vorteile.
Theod. Kraft
 37 Breiteweg 37. 2117

Auf
Teilzahlung
 erhalten Sie in dem größten
Waren- und Möbel-Kredit-Haus
 von
Max Meyer
 Möbel, Betten, Polsterwaren
 Regulateure
 Herren- u. Knaben-Garderobe
 fertig und nach Maß
**Konfirmanten-
 Anzüge**
 Kleiderstoffe
 usw.

Breiteweg 30, 1., Eingang Südwest
 NUR
 Breiteweg 30, 1., Eingang Südwest
 NUR
 Breiteweg 30, 1., Eingang Südwest
 NUR
 Breiteweg 30, 1., Eingang Südwest
 NUR

Warenhaus

M. Gutermann & Co.

Sudenburg, Halberstädterstr. 109
 empfiehlt zu bekannt billigen Preisen 2136

Zur Konfirmation:

Schwarze u. farbige Kleiderstoffe

Wäsche, Korsetts, Jupons, Tischentücher, Handschuhe etc.
 Neuheiten in Kleider-Besätzen.

Rabatt-Spar-System.

Auf sämtliche Waren 6 Proz. Rabatt in bar.

Die Bürgerlichen und das Kommunalwahlrecht.

Im Bürgerverein Budau referierte am Freitag abend der Stadtverordnete Janide über die geplante Kommunalwahlreform des Magdeburger Magistrats. Die von etwa 40 Personen besuchte Versammlung tagte im großen Saale des „Schwarzen Adler“.

Stadtv. Schmidt wünscht die Stimmung der Wähler kennen zu lernen, wenn diese auch die Stadtverordneten nicht binden könne. Herr Heyer tritt für das reine Durchschnittsprinzip ein und bemängelt das mangelhafte Interesse der Bürger.

Stadtv. Haupt erklärt, daß seine Partei bei der ganzen Angelegenheit den lachenden Dritten spiele. Um die Sozialdemokratie zu schädigen, werden eine große Anzahl Mittelstandsangehöriger in die dritte Abteilung zurück versetzt.

schließen. Zum Schluß wurde noch eine in der „Volksstimme“ erschienene Notiz betreffs Miete der Gasuhren auf Anregung des Stadtv. Janide besprochen und eine diesbezügliche Anfrage an zuständiger Stelle in Aussicht gestellt.

Ein Bild des Glends bot sich am Freitag nachmittag den Passanten der Spielgartenstraße dar. In einem Eingang zu einer Villa saß ein ohnmächtig gewordener älterer Mann, welcher von einem im Hause wohnenden Herrn ein Glas mit warmem Wasser gereicht erhielt.

Stadt-Theater. Spielplan vom 16. bis 23. Februar: Sonntag nachm. 3 Uhr: „Die Zwillingsschwester“.

Rechte Nachrichten.

(„Herold“, Deveschen-Bureau.)

Frankfurt a. M., 15. Februar. Der „Frankf. Stg.“ wird aus Leipzig gemeldet. Der Prozeß gegen die Direktoren und Ausschritts-Mitglieder der Leipziger Bank wird erst in der zweiten Periode des Schwurgerichts also nicht vor April d. J. verhandelt werden.

Sofia, 15. Februar. Hier ist die Meldung eingetroffen, daß Mik Stone bereits mit ihrer Begleitung freigelassen sei und sich auf dem Wege nach Sofia befindet.

Frankfurt a. M., 15. Februar. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus New-York: Im Repräsentantenhaufe wurde dem Mitgliede Wheeler durch einstimmigen Beschluß eine Redezeit von 15 Minuten gewährt, um betreffs Englands Haltung zu sprechen.

Zum anglo-japanischen Vertrag.

London, 15. Februar. Die Beamten des auswärtigen Amtes dementieren die Abtretung Weihaiweis an Deutschland. Desgleichen wird dementiert: Marquis Ibo habe den anglo-japanischen Vertrag abgeschlossen.

Paris, 15. Februar. Der „Matin“ meldet aus Petersburg: Der Wortlaut des anglo-japanischen Abkommens hat nun auch hier veröffentlicht werden dürfen.

Peking, 15. Februar. Der anglo-japanische Vertrag ruft hier begreiflicherweise großes Interesse hervor.

Der russische Gesandte begab sich nach der amerikanischen Legation, um sich daselbst über die Haltung der Unions-Regierung zu informieren.

Rühne Hoffnungen.

London, 15. Februar. Man versichert hier, daß, falls die Fortdauer des Krieges es erlaube, Ritchener im April nach England zurückkehren werde, um dem Krönungsfeste beizuwohnen.

Tolstoi tot?

Lemberg, 15. Februar. Der „Slovo Polot“ läßt sich aus Warschau telegraphieren, daß Tolstoi gestorben ist.

Zum Generalausstand in Triest.

Triest, 15. Februar. Infolge des gestrigen blutigen Zusammenstoßes zwischen Militär und Streikenden läßt der Bürgermeister heute mittels Platates die Bevölkerung auffordern, sich ruhig zu verhalten.

Paris, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die irische Agitatorin Maude Gonne hielt hier gestern abend ein großes Meeting zum Protest gegen den Burenkrieg ab.

London, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Bechercerkop wird gemeldet, daß von den Buren im ganzen noch 12 000 Mann im Felde stehen.

Hannover, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Schwurgericht verurteilte die dreifache Kindes-Mörderin Gedzierska zum Tode und zehn Jahren Zuchthaus.

Heute Eröffnung

Konkurs-Ausverkauf

von

Herren- und Knaben-Bekleidung

vis-à-vis Café Hohenzollern 65 Breiteweg 65 vis-à-vis Café Hohenzollern

Neu eröffnet! Belagerung von Paris. Ausfall der Franzosen am 2. Dezember 1870. Panorama, Kaiser Wilhelm-Platz. Vorzugsbons gültig.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen: Panirwache 5 und Neustadt, Schmidstraße 61. Montag: Röhre mit Pilzen und Rippensped.

Zur Einsegnung empfehle ich zu sehr billigen Preisen Kleiderstoffe in schwarz, farbig und weiß in großer Auswahl.

Arbeiter!

denjenigen Wirte und Saalbesitzer, die Euch ihre Lokale zu Versammlungszwecken zur Verfügung stellen!

Carl Julius Braun

Jeder-, Schäfte- und Schuhmacher-Bedarfsartikel-Handlung
Buckau, Schönebeckerstraße Nr. 48
hält sich bei Bedarf bestens empfohlen. 8119

Wir empfehlen zum Abonnement:



Sozialistische Monatshefte

Internationale Revue

Administration: Berlin W., Rahowstraße 85 a.

Preis pro Quartal 1.50 Mk. — Einzelheft 50 Pfg.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ sind ein unabhängiges Organ für Theorie und Praxis des Sozialismus, eine Revue des geistigen und sozialen Lebens.

Für jeden, der den großen Fragen unserer Zeit nicht gleichgültig gegenübersteht, ist es eine Notwendigkeit, daß er neben der Bestüre der Tagespresse seine politische und soziale Bildung durch eine wissenschaftliche Erörterung aller brennenden Fragen vertieft und erweitert. Und dazu bieten ihm die „Sozialistischen Monatshefte“ die nötigen Hilfsmittel und die nötige Anregung.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ arbeiten die ersten Kräfte des internationalen Sozialismus mit, Wissenschaftler und Künstler ersten Ranges. Es seien nur genannt: Dr. Leo Uronso, F. Auer, Ed. Bernstein, W. Höflich, Lily Braun, Richard Calwer, Dr. Ed. David, Richard Dehmel, Dr. W. Ebenhagen, A. v. Elm, Prof. E. Ferri, Paul Göhre, Dr. Ernst Gysin, Julius Hart, W. Heine, J. Jaurès, B. Kampffmeyer, Ellen Key, Otto Lang, C. Legien, Dr. H. Aug, Dr. Max Quard, Prof. E. Reclus, M. Schippel, Johannes Schlaf, Dr. Conrad Schmidt, Prof. E. Vandervelde, G. v. Volkmann u. a. m.

Probe-Hefte sind gratis und franco zu beziehen durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W. 35.

Abonnement nimmt entgegen

Buchhandlung Volksstimme.

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5, Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb.

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150-2155.

Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche 10-1 4-7

Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeitkräften, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.

Es werden gesucht:

Erläutige Köchinnen und Hausmädchen, Mädchen für alles, Kindermädchen, Landwirtschaftlerinnen, einf. Stützen und Kinderfräuleins.

Stellung suchen:

Viele gelernte und ungelernete Arbeiter, Kutsher, Hausdiener, Haus- und Laufburschen, ferner Mädchen für alles mit und ohne Kochkenntnis, Kindermädchen, Kinderfräuleins, Auwartungen und Waisfrauen.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau

Nr. Klosterstr. 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.
Fernsprech-Anschluß 1409.

Nur Werktags geöffnet: Vorm. 9-11 Uhr, nachm. 3 1/2-7 1/2 Uhr.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatfachen, Armenrecht, Mietverhältnisse, Dienstboten-, Behringungs- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Luisen-Park

Sonntag, den 16. Februar 1902:

Von 3 1/2 Uhr ab: **Groß. Instrumental-Konzert**

Von 7 Uhr ab: **Gesellschaftsbäll.**

Entree inkl. Biletsteuer 15 Pfg.

Familien können Kaffee kochen.

Thalia - Buckau.

Sonntag öffentlicher Tanz.

Ergebnis ladet ein 8119 J. Westphal.

Dreikaiserbund.

Heute, Sonntag: **Grosse Tanzmusik**

bei elektrischer Beleuchtung in meinem neu renovierten, fernhaft angelegtem Saal.

Tanz-Abonnement 50 Pfg. — Einzeltanz 5 Pfg.
Hierzu ladet ein 8119 Emil Hartmann.

Zerbster Bierhalle

Telephon 2442

Sonntag:

8119 **Öffentlicher Tanz.**

Hierzu ladet ergebnis ein Franz Königstedt.

Burg. Hohenzollernpark

Heute, Sonntag: **Tanz.**

Arbeiter, Bürger, Handwerker!
Wahrt Eure heiligsten Interessen!

5 Volksversammlungen

zur Verteidigung gegen die vom Magistrat geplante Verschlechterung des kommunalen Wahlrechts

Donnerstag, den 20. abends 8 Uhr

in der „Zerbster Bierhalle“ in Sudenburg
im „Thalia-Saal“ in Buckau
im „Weißen Hirsch“ in Neue Neustadt
in der „Krone“ in Alte Neustadt
im „Dreikaiserbund“ in Magdeburg.

Kein Arbeiter, kein Handwerker, überhaupt kein Stadtverordnetenwähler darf diesen Versammlungen fernbleiben.

Die Einberufer. J. A.: Robert Pistorius.

Ortskrankenkasse der in Magdeburg inkl. Sudenburg in der Tabak-Industrie beschäftigten Personen.

General-Versammlung

am Montag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn Prantsch, Fahlcksberg 9.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes und der Revisoren.
3. Festsetzung der Gehälter des Vorsitzenden und Nebanten.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand
Johann Kooß, Vorsitzender.

Maler, Lackierer u. Anstreicher

von Magdeburg und Umgegend.

Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr
im großen Saale der Ww. Müller
Fischlerstraße 22

Öffentliche Versammlung.

1. Stellungnahme zu der ablehnenden Antwort der Innung auf unseren Lohnantrag für 1902. 2. Verschiedenes.

Kollegen! Laut Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 2. Februar er. ist es Pflicht eines jeden, in dieser Versammlung zu erscheinen, um der Innung gegenüber unsere Meinung zu dokumentieren und event. der Innung mit Arbeitsniederlegung zu antworten.

Der Vorstand der Filiale Magdeburg und der Gehilfen-Ausschuß.

Öffentliche Versammlung der Schneider Magdeburgs

am Montag, den 17. Februar 1902, abends 8 Uhr
im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen sich die Schneider Magdeburgs zu einer Lohnbewegung?
2. Verschiedenes.

Kollegen! Wie Ihr aus obiger Ankündigung erfahrt, wird sich diese Versammlung mit dem in diesem Frühjahr geplanten Vorgehen beschäftigen; es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, bei der Wichtigkeit der Versammlung in derselben zu erscheinen.

Die Agitations-Kommission.

Weisser Hirsch.

Heute, Sonntag:

Tanz

bei neuem festem Orchester.

Ergebnis ladet hierzu ein H. Grunow.

Fr. Wegeners Gesellschaftshaus

Nr. Stadtmarkt 7c.

Heute Sonntag: **Tanz.**

Ergebnis ladet ein Fritz Wegener.

N.B. Empfehle mein Lokal zur Abhaltung von Festlichkeiten usw. D. D.

Burg. Gasthof zum Bayerischen Hof

Sonabend, den 15. und Sonntag, den 16. Februar:

Großes Bockbierfest

verbunden mit Narren- und Ulkaband.
Die besten Bockwürstchen und Brezeln sind zur Stelle.
Ergebnis laden ein Chr. Siemens u. Frau.

Kaiser-Panorama

Filiale Berlin-Passage
Magdeburg, Breitenweg 134, 1
geöffnet 1897
von morgens 9 bis abends 10 Uhr.

Diese Woche:
I. Cyclus:

Insel Cypern u. Syrien.

Ein interessant. Besuch von Buffalo und der panamerikanischen Ausstellung 1901, sowie Besichtigung d. Niagarafälle.

Stadt-Theater.

Sonntag, den 16. Februar,

nachm. 3 Uhr.

Die Zwillingsschwester.

Lustsp. in 4 Aufz. v. Ludw. Fulda.

Abends 6 Uhr:

Die Meisterfänger von Nürnberg.

Große Oper von Richard Wagner.

Montag, den 17. Februar.

Trugard v. Hammerstein.

Historisches Drama in 5 Aufzügen

von Wolfgang Freiberger v. Blotho.

Anfang 7 1/2 Uhr.

General-Versammlung

der Ortskrankenkasse für die im Zimmergewerbe beschäftigten Personen

Montag, den 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr im „Dreikaiserbund“, Gr. Storchstr. 7, statt.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung pro 1901. 2. Vorstandswahl.
3. Ausschuhwahl. 4. Verschiedenes.

Magdeburg, den 5. Februar 1902.

Der Vorstand.

Schönebeck! Schönebeck!

Verband der Hafenarbeiter und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Mitgliedschaft Schönebeck).

Sonntag, den 16. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr im Vereinslokal

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung.
2. Bericht über die Verhandlungen der letzten General-Versammlung
3. Diskussion.
4. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wünscht Die Ortsverwaltung.

Halberstadt. Gasthof zum Hohenzollern

Bakenstraße 49.

Zu dem am Montag, den 17. Februar, in meinen festlich dekorierten Räumen stattfindenden

Bockbierfest

erlaube ich mir meine werien Gäste und Freunde

ergebenst einzuladen.

Frau J. Raack, i. B. Emil Hommecke.



Cirkus Variété.

Direktion: Franz Schmidt.

Sonntag, den 16. Februar

2 gr. volkstümliche Specialitäten-

2 Vorstellungen

nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.

Vollständig neuer Spielplan

u. a.:

Otto Riemann

Magdeburger Humorist.

Entree auf sämtl. Rangplätzen

30 Pfg.

Als Schneiderin empf. sich in u. auß.

b. Hause A. Schulenburg, Pfälzerstr. 16.

Cigarrenmach. = Lehrling

wünscht sofort oder Oftern

Wahlbier, Dämmerleben.

Walhalla.

Heute Sonntag:

Debut

Traudchen

Hundgeburt

die Kuhmagd aus dem

Rheinland.

Anfang der Vorstellung:

1 1/2 8 Uhr.

Vortrags- und Aufführungs-

sachen für

Herren-Abende

Von Hermann Schönrod.

Mt. 1.-

Buchhandlung Volksstimme.

W. Timmel Ein donnerndes Bebe-

hoch zu seinem 40sten Geburtstag.

Familie Timme.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Wer übt Terrorismus?

Der Deutsche Tapezierer-Bund, Vorort Berlin, hat durch seinen Centralvorstand an seine Mitglieder ein Circular verbreiten lassen, in dem die Teilnehmer dieser Organisation zum gegenseitigen Schutz bei „ungerechtfertigten“ Streiks verpflichtet werden. Keiner darf Arbeiter einstellen, wenn irgend wo gestreikt wird, widrigenfalls ein Wechsel in Höhe von 150 Mark verfallt, der für diesen Fall in Händen der Leitung der Unternehmersonganisation bleibt. Die Herren behaupten, sie seien zu dieser Maßnahme durch die „frivolsten“ Forderungen der organisierten Tapezierer und durch den „Druck“, den letztere auf sie ausüben, gelangt.

Die armen Unternehmer! Es ist schrecklich, wie sehr diese Unterdrückten unter ihren herrschlichen Arbeitern zu leiden haben. — Hebrigens beweist dieses Schriftstück aufs neue, wer Terrorismus auf seine Kollegen ausübt. —

Anfregende Zahlen. Die endgültigen Zahlen über die Arbeitslosigkeit für Berlin und Charlottenburg liegen jetzt vor. Danach sind in Berlin 59.542 Arbeitslose (2933 teilweise beschäftigt, 15.748 krank und invalide). In Charlottenburg 2681 Arbeitslose, 2284 teilweise beschäftigt, und 650 krank und invalide.

Also über 60.000 völlig Arbeitslose allein in Berlin und dem größten seiner Vororte! —

Ueber die siebente Generalversammlung des Verbandes der Hafnarbeiter Deutschlands.

die in Hamburg vom 26. bis 30. Januar stattfand, bringen wir nachträglich an der Hand der soeben erschienenen Nummer des Korrespondenzblattes der Gewerkschaften den folgenden zusammenfassenden Bericht: Erschienen sind insgesamt 28 Delegierte aus den Orten Altona, Bremen, Bremerhaven, Breslau, Danzig, Hamburg, Harburg, Lübeck, Lubwischhafen, Magdeburg, Memel, Stettin und Zantoch. Außerdem nahmen an der Generalversammlung teil: fünf Mitglieder des Vorstandes, je ein Vertreter des Ausschusses und der Revisionskommission, sowie der Vorsitzende des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. — Der Vorstandsbericht konstatiert die erfreuliche Thatsache von der zunehmenden Mitgliederzahl und finanziellen Leistungsfähigkeit des Verbandes. Derselbe zählt 17.472 vollqualifizierte Mitglieder. Die Beitragserhöhung hat zur Abnahme der Fluktuation geführt. Um die Agitation zu fördern, sollen Agitationsbezirke eingerichtet werden. Lohnbewegungen waren in der Berichtsperiode recht zahlreich, zu Arbeitseinstellungen kam es nur in Danzig und Lübeck.

In der Zeit vom 1. Juli 1900 bis zum 31. Dezember 1901 betrug die Einnahme 146.311,75 Mark, die Ausgabe 105.132,09 Mark. Der Rassenbestand betrug am 1. Januar 1902: 102.594,07 Mark, wovon sich 81.862,71 Mark in der Centralkasse befanden. Dem Vorstand sowie den anderen Körperschaften wird einstimmig Entcharge erteilt.

Zum Punkt „Agitation“ wurde nach reger Debatte folgende Resolution angenommen: „In Erwägung, daß die Interessen der Transport- und Hafnarbeiter in mancher Hinsicht eng miteinander verknüpft sind und die Thätigkeit derselben ineinander greift; in weiterer Erwägung, daß eine gemeinsame Agitation an manchen Orten und in mancher Beziehung für beide Organisationen bedeutenden Vorteil hat, beauftragt die Generalversammlung den Vorstand, gelegentlich mit den Centralvorständen anderer am Warentransport beteiligten Verbände eine engere Verbindung und ein gemeinsames Arbeiten in organisatorischen und agitatorischen Fragen, unter Berücksichtigung vollster Bewegungsfreiheit der in Betracht kommenden Organisationen, anzubahnen.“

Die Stellen der anzustellenden Bezirksleiter sollen ausgeschrieben werden. Ein Antrag auf Erhöhung des Sterbegeldes für die Mitglieder wird abgelehnt. Beschlossen wird, beim Ableben der Frau eines Mitgliedes 50 Mark statt wie bisher 30 Mark zu zahlen.

Der Antrag, an Stelle des Monatsbeitrages von 80 Pfg. einen Wochenbeitrag von 20 Pfg. treten zu lassen, also eine Erhöhung des Beitrages um 20 Pfg. pro Quartal herbeizuführen, wird in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 10 Stimmen angenommen. Mit 26 gegen 5 Stimmen wird auch die Erhöhung des Eintrittsgeldes von 50 Pfg. auf 1 Mark beschlossen. Wegen Beitragserhöhung ausgeschlossene Wiedererwerbende haben die Beiträge für 13 Wochen nachzuzahlen und erhalten nur die Rechte wie die Neueintretenden. Das neue Statut soll am 1. Juli 1902 in Kraft treten.

Beschlossen wird, das Verbandsorgan „Der Hafnarbeiter“ monatlich zweimal, statt wie bisher monatlich einmal, erscheinen zu lassen. Ferner wird beschlossen, einen dritten Beamten im Verbandsbureau anzustellen und soll mit den Beamten des Verbandes ein Anstellungsvertrag abgeschlossen werden. Der vom Vorstände vorgelegte Entwurf wird, mit Ausnahme des vorgeschlagenen Höchstbetrages von Mk. 2400 angenommen. Das Anfangsgehalt soll Mark 1800 pro Jahr betragen und von Jahr zu Jahr um Mark 100 steigen, bis zum Höchstbetrage von Mark 2100. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Hamburg. Die Zahl der Mitglieder des Vorstandes wird von fünf auf sieben erhöht. Die bisherigen Beamten werden wieder gewählt. Der Sitz des Ausschusses wird von Altona nach Stettin verlegt.

Der nächste Verbandstag findet Ende Februar 1904 in Hamburg statt. Nach Erledigung eines Referats über die Sonntag- und Nachtarbeit und deren schädliche Wirkungen wird noch ein Antrag angenommen, nach welchem in allen Hafenhäfen Hafenspektoren angestellt werden sollen. Nach einem Schlusswort, in welchem der Vorredner hervorhebt, daß nicht nur der Verbandsfortschritt gemacht habe, sondern daß auch die Behandlung der Verbandsfragen seitens der Generalversammlung einen Fortschritt in der Schulung der Mitglieder erwiesen, wird die Generalversammlung geschlossen. —

Gerichts-Beitrag.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 14. Februar 1902.

Unbegründeter Verdacht. Der Arbeiter Joseph Schade aus Dalschau nächtigte am 26. Dezember 1901 in einer hiesigen Herberge und soll seinem Nachbar 3 Mark gestohlen haben, wird aber freigesprochen. —

Dankbar. Der vielfach vorbestrafte Arbeiter und Zimmermann Adolf Polzien aus Gildesheim bettete am 22. Dezember 1898 abends auf der Straße hiersehlst angeleglich einen Handelsmann an, der ihm aus Mitleid 25 Pf. schenkte und ihn einlud, in einer Restauration ein Glas Bier mit ihm zu trinken. Aus Dankbarkeit nahm Polzien, der sich zuerst wieder entfernte, den Koffer des Gändlers mit, in dem sich Neujahrskarten im Werte von 60 Mark befanden, verschleuderte dieselben und warf den Koffer weg. Die Verhandlung wird zwecks Ladung von Zeugen vertagt. —

Förderer der Volksernährung. Der Schuhmachermeister Sens aus Warby hatte am 24. November 1900 an den Fleischermeister Selbig zu Warby eine Kuh für 210 Mark verkauft, die, wie sich beim Schlachten herausstellte, an Tuberkulose litt, weshalb dem Sens das Fleisch wieder zur Verfügung gestellt wurde. Am folgenden Vormittag reiste der Fleischermeister August Ruder aus Warby im Auftrage von Fleischermeister und Gastwirt Friedrich Sens zu Oppenheimer in Giften und bot ihm das Fleisch mit dem Bemerkten an, es sei gut und nur etwas angewachsen, zum Kaufe an. Oppenheimer kam am Nachmittag und kaufte drei Viertel ohne Garantie zum Preise von 60 Mark, die dann am 26. November auf einem Wagen nach Giften geschafft wurden. Infolge einer Dopeidie wurde das Fleisch polizeilich beschlagnahmt; ein Viertel hing bereits im Verkaufsladen, zwei Viertel lagen im Keller, das vierte Viertel hatte Sens für sich behalten. Es wurde eben-

falls beschlagnahmt, hinterher aber zurückgegeben und von Sens in seiner Wirtschaft teils gekocht, teils zur Wurst verwertet. Der Gerichtshof erachtete für festgestellt, daß die Kuh völlig tuberkulös und der Genuß des Fleisches gesundheitsgefährlich war, ferner, daß Sens dies gewußt habe und Oppenheimer dies aus den Verkaufsverhandlungen schließen mußte, ebenso Ruder, der sich der Beihilfe schuldig gemacht habe. Das Urteil lautete gegen Sens auf 2 Wochen, Oppenheimer auf 2 Monate, Ruder auf 1 Woche Gefängnis. Betreffs Oppenheimer wurde auf Publikation im „Anhalter Courier“ erkannt. —

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 12. Februar 1902.

Diebstahl. Der Arbeiter Theodor Klein aus Neumeggersleben hat am 2. Juni v. J. seinen Logisbesitzer ein Portemonnaie mit 15 Mark entwendet und wird zu einem Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. —

Diebstahl und Unterschlagung. Der frühere Postillon Hermann Ball aus Mchersleben ist beschuldigt, bei dem Fahren des Paketpostwagens von der Hauptpost in Mchersleben zu dem Bahnhof Patte entwendet und unterschlagen zu haben. In einem Falle, wo es sich um ein Pfund Schinken handelt, wird, weil kein Strafantrag vorliegt, das Verfahren eingestellt. Das Gericht verurteilt Ball zu einer Gesamtstrafe von acht Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat für erlittene Unterjuchungshaft. —

Kein Betrug. Der frühere Kaufmann, jetzige Instrumenten-techniker Hugo Wahl genannt Denfert aus Sondershausen wurde vom Schöffengericht in Gelnhausen am 9. Juni 1901 wegen Betruges und Zerschneiderei zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Wegen dieses Urteils hat der Amtsanwalt Berufung eingelegt. In der heutigen Verhandlung wird der Angeklagte wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Diebstahl. Die Dienstmagd Anna Baar aus Halberstadt hat im Sommer v. J. mittels Nachschlüssel eine Kuchin aus deren Kellereck eine beträchtliche Anzahl Kleidungsstücke gestohlen. Die Angeklagte wird zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. —

Schwere Körperverletzung, Mißhandlung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch bilden die Anklagepunkte, welche dem vorbestraften Pantoffelmacher Theodor Blume und dessen Schwiegerjocher Maurer Friedrich Boffe aus Luebichow zur Last gelegt werden. Wegen unglücklicher Ehe des Boffe mit der Tochter Blumes kam es öfter zu heftigen Szenen, so daß die Frau Boffe zu ihren Eltern flüchtete. In wiederholten Malen: hatte Boffe versucht, seitens seiner Frau mitgenommene Sachen mit Gewalt aus dem Blumeschen Hause zu holen. Am 13. Sept. v. J. spielte sich abermals eine derartige Scene vor dem Blumeschen Hause ab. Aus Furcht warf Blume mit Steinen aus dem Fenster nach Boffe, und als Boffe mit einem ausgehaltenen Fensterflügel die oberen Fenster bombardierte, schob Blume aus dem Fenster auf Boffe und verletzte denselben. Boffe wird zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Dagegen wird Blume, weil das Gericht straflose Ueberschreitung der Notwehr aus Furcht annimmt, freigesprochen. —

Elbschnuggelprozeß. Die Zeugenvernehmung wird am achten Verhandlungstage fortgesetzt. Vernommen werden eine Menge Gewerbetreibende aus Dömitz sowie einige Gendarmen und frühere Angestellte der Geschäfte der Angeklagten. Aus den Aussagen einiger Bauern, die für den Angeklagten Wehmerer nächtlischerweise Fuhrten unternommen haben, geht hervor, daß die zu schnuggelnden Waren in der Regel am Elbdamm schon gelegen, dort aufgeladen und in Lühow resp. Dannenberg auf rätselhafte Weise wieder vom Wagen verschwinden waren. Rechtsanwalt Liebknecht-Berlin beantragt, Wehmerer, der an Nervosität leide, auf seinen geistigen Zustand untersuchen zu lassen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird dieser Antrag abgelehnt, da Wehmerer bei seiner Vernehmung bisher ein gutes Gedächtnis gezeigt habe. —

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Das Vergessen?

Elßaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Th. Cahn und L. Forest.

Aus dem Französischen überetzt von Suzanne Braentigam-Romane.

(38. Fortsetzung.)

Um der Ungewißheit ein Ziel zu setzen, war eine vorbereitende Versammlung, die aus den einflussreichsten Wählern bestehen sollte, anberaumt worden. Da man öffentlich nicht zusammen kommen konnte, hatte Stockmann seinen etwa dreißig Personen fassenden Salon zur Verfügung gestellt.

Au dem festgesetzten Abend ließ er vorläufig die Fensterläden schließen, damit nicht etwa erbaulicher Lärm die Aufmerksamkeit auf der Straße erzeuge. Alle Sätze und Lehnsühle des Sauses waren in ihren verschiedenen Stufen im Salon zu buntem Gemisch vereinigt. Ein Kron- und vier Wand-leuchter erhellten das Zimmer.

Diese Zusammenkunft sollte von größtem Einfluß auf die Wahlen sein, ja sogar auf die Zukunft von ganz Elßaß-Lothringen, denn nachdem man den protestantischen Kandidaten gewählt haben würde, sollte eine beständige Liga zur Aufhebung gegen Deutschland organisiert werden. Bis jetzt hatte sich die Partei der rücksichtslosen Protestation nicht auf den Kampf vorbereitet, und ihre Siege waren ein Ergebnis einzelner Personen oder kleiner unmaßgeblicher Gruppen gewesen. Jetzt handelte es sich darum, die ganze Kraft von Elßaß-Lothringen gegen den Eindringling zusammenzufassen, auf alle möglichen Fälle gewappnet zu sein. Die Lage des Reichstags Bismarck gegenüber verhielt sich mehr als nur einem Zusammenstoß. Der Kanzler konnte um seine Pläne zu verwirklichen, Schlag auf Schlag den immerhin möglichen Widerstand der Abgeordneten verdrängen und die Wähler durch stets wiederholte Anreden des Parlaments, durch immer wieder neue Wahlkämpfe ermüden.

Diese zur Zeit wahrscheinliche Aussicht reizte die Pro-

testler, sich auf die Lauer zu legen und sich zur Einigkeit zu zwingen.

Langsam traten nacheinander die dreißig Bürger, welche die Politik der Stadt leiteten, bei Stockmann ein. Jeden Augenblick ging die Hausklingel. Noch ehe sie ertönte, schon wenn man das Geräusch draußen hörte, hoben sich alle Köpfe der Versammelten. Jeder kam im Sonntagsganzug, drückte die Hände, die sich ihm entgegenstreckten, und grüßte mit einer Gebärde, die dem ganzen Kreise gelten sollte. Die Einzelgespräche wurden nur halblaut geführt. Kaum einige kurze Sätze klangen aus dem allgemeinen Geflüster heraus: „Der Kreisdirektor von Colmar hat sich soeben aus dem Staube gemacht.“

„Mit der Kasse?“

„Und ob!“

Ein Priester erklärte mit stahlharter Stimme:

„Die Einigung des Aleris ist endgültig.“

„Ja,“ entgegnete ein Greis mit ergrautem Haar und semitischem Profil, „man sagt, daß Dupont des Loges, Vigard und Hof eine geheime Zusammenkunft hatten.“

„Was! Ein Bischof, ein Rabbiner und ein Pfarrer!“

„Jesus, Moses und Luther gegen Bismarck.“

„Wir werden bis zum Ende kämpfen und unsere alten Zwistigkeiten vergessen.“

„Bei den letzten Wahlen haben die Preußen Stimmen von Leuten gezählt, die schon gestorben waren,“ bemerkte ein blauer, kränklich aussehender, junger Mann.

„A! wenn man alle seit zwanzig Jahren in Metz Geitarbenen wählen ließe, ihrer würden nicht genug gegen die lebenden Wähler sein, welche Deutschland hassen.“

Als die Versammlung vollzählig beisammen war, wurde von Louis und ihrer Mutter Bier gebracht. Auf ein Zeichen Stockmanns verließen die Damen alsdann das Zimmer.

„Man hörte noch einige laute Stimmen, aber allgemeines Schweigen trat ein, als ein alter Lothringer, dessen prächtiger, weißer Bart ihm bis auf die Brust reichte, eine kleine Glocke schlug.“

„Meine Herren,“ begann er mit starker, nach Mezer Art etwas jugender Stimme, „ich brauche auf den Ernst,

auf die Bedeutung dieser Versammlung nicht weiter einzugehen. Sie haben alle das Bewußtsein, daß Sie in dieser Stunde vor einer wichtigen That ihres Lebens stehen, indem Sie an einer Beratung teilnehmen, welche die fortgesetzte Protestation unserer Landsleute gegen eine verhaßte Regierung bis zu dem geeigneten Tage unserer Wiedervereinigung mit Frankreich aufrecht erhalten soll.“

Dieser Satz allein bewirkte schon eine heftige Bewegung in der Zuhörerschaft. Er genügte, um die Geister aufzuwecken, und verursachte ein wahres Fieber. Das Wort „Frankreich“, welches stets die Herzen höher schlagen ließ, hatte sogleich, mit dem vollen Klang, mit der Ausdrucksfähigkeit einer wohlklingenden Stimme ausgesprochen, die schlummernden Leidenschaften geweckt. Sofort wurde diese Versammlung von sonst ruhigen und verständigen Männern bis zur Leidenschaftlichkeit, bis zum Fieber erregt. In allen diesen Bürgern, Rechtsanwäkten, ehemaligen Offizieren, katholischen Geistlichen, Rentnern, Apothekern, Spezereiwarenhändlern, Schneidern, stieg der Wunsch nach revolutionärer Gewaltthat auf.

Zumitten des Lärmes fuhr der Greis fort:

„In meiner Eigenschaft als Ältester, und nachdem ich darüber mit einigen unserer Freunde gesprochen habe, übernahm ich den Vorsitz dieser Versammlung. Einer muß wohl aufpassen zu sprechen. Doch jetzt bitte ich Sie, Ihre Stimmen abzugeben und nach Stimmenmehrheit denjenigen zu erwählen, der unsere Beratung leiten wird.“

Diese parlamentarischen Neugierlichkeiten waren nicht dazu angethan, die Ungebuld der Zuhörer zu befriedigen. Von allen Seiten rief man:

„Das ist unnötig... Bleiben Sie... Wir wollen keine Zeit verlieren... Bleiben Sie.“

Der alte Herr mußte annehmen. Er war ein Grundbesitzer, Hannover mit Namen, dem die besten Hegepläne auf den Hügeln von Sey gehörten. Sein großzügiger Charakter, sowie eine gewisse Ritterlichkeit in seinem Wesen und in seinen Handlungen machten ihn bei jedermann beliebt.

(Fortsetzung folgt.)

